

Deutsch e

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. K. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementpreis bei der Post 80 Pf., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 26. August 1893.

Ausserdem die viergeschaltete Zeitkette oder deren Raum 20 Pf. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Lohnformen und Preis der Arbeit.

Von Max Schippel.
(Aus: "Die Neue Zeit".)

III.

Ganze Gruppen und Departements werden in ähnlicher Weise bei einer großen Schiff- und Maschinenbaufirma (the Thames Ironworks) abgeloht. Der leitende Direktor, Herr A. F. Hills, nennt das „das Gute-Kameradschaftssystem“, the Good Fellowship Scheme. Hier versteckt die Prämie den nackten Gruppenstücklohn, der — wir kommen später darauf zurück — meistens schlimmer ist als die gewöhnliche Stücklohnzahlung an den Einzelarbeiter. Die Gruppe erhält hier die Arbeit zugewiesen; jedes Mitglied bezahlt Woche für Woche seinen bestimmten Zeitlohn; zum Schluss des Monats aber wird das gemeinsame Machwerk nach einem bestimmten Maßstab abgeschägt; der Betrag, um den diese Schätzung die gezahlte Zeitlohnsumme übersteigt, wird als Prämie verteilt. — Über die Wirkungen dieses Systems thelt Schloss nichts mit; man wird sie — im Allgemeinen natürlich — ebenso wie in unserem ersten Beispiel annehmen dürfen. Der festgesetzte gleichbleibende Zeitlohn drückt zunächst einen immer geringeren festen Preis der Arbeit aus, weil die Intensität der Arbeit durch die Hoffnung auf die Prämie und durch den eiferfülligen Antrieb der Gruppenmitglieder untereinander wächst. Wenn wir, um immer in unserem Beispiel zu bleiben, die Monatsproduktion der Gruppen auf Tagesleistungen der Individuen zurückführen, so bleibt der Stundenlohn vielleicht weiter 50 Pf., aber da das Machwerk — wie früher in einem ganzen, so jetzt, sagen wir: in einem halben Tag fertig gestellt wird, so ist der feste Lohn dafür doch von einem Taglohn auf einen Halbtagslohn, von 5 auf $2\frac{1}{2}$ Pf. herabgeglitten. Wenn nun der Unternehmer das Machwerk selbst mit $3\frac{1}{2}$ Pf. tagt, so fällt allerdings eine Prämie von 1 Pf. pro halben, von 2 Pf. pro ganzen Tag ab, der Arbeiter bringt es von 5 auf 7 Pf. täglich, schafft aber auch statt zehn 20 Pf. Werth. Der Unternehmer zahlt also, trotz fortgesetzter gleicher Tagelohnes, bei gleichem Produktionsfang immer weniger Zeitlohn, weil der Arbeiter immer weniger Zeit braucht; einen Theil der eingestellten Lohndifferenz spendet der Unternehmer dann als Prämie zum weiteren Ausporn des Fleisches! Das ist das ganze Geheimnis dabei. Beim Stücklohn würde es sich ganz offen in einer rach abwärts gleitenden Lohnskala zeigen; hier verschleiert der stetig gleichbleibende Zeitlohn die stetig wachsende Ausbeutung; die Prämie, die im Monat auf eine ganz runde Summe für die Gruppe anwachsen kann, lässt den Unternehmer womöglich noch als Wohlthäter erscheinen.

Eine amerikanische Firma, weltberühmt durch ihre Eisenfabriken: die Yale and Towne Manufacturing Company in Stamford, Connecticut, hat das noch sinnreicher durchgeführt und Herr Henry St.

Towne selber hat seine Erklärung des Längen und Breiten beschrieben und empfohlen.*). Im allgemein dieses System zu reben, besteht der „Schlüssel“ des Systems darin, „jedem Mitglied der Organisation einen Anteil an demjenigen Theil des Profitfonds zuzubilligen, der von seiner individuellen Ausstrengung und Geschicklichkeit abhängt oder abhängen kann.“ Der Unternehmer soll sich etwa folgendermaßen an seine Arbeiter wenden: „Ich habe im Vorraus die (vermeintlichen) Kosten Eures Produkts taxirt, was Arbeit, Hilfsstoffe, Rohmaterialien und andere Produkte anbelangt, auf die Ihr Einfluss habt. Ich werde es nun wagen, ein System durchzuführen und auch dafür zu zahlen, wonach die (wirklichen) Produktionskosten bezüglich dieser selben Punkte periodisch festgestellt werden sollen, und bin bereit, unter Euch einen Theil — nur den Theil behalte ich für mich — des Gewinns oder der Reduktion der Kosten zu vertheilen, die Ihr erzielen mögt, sei es durch verstärkte Wirksamkeit Eurer Arbeit oder durch größere Sparfaulheit im Materialienverbrauch oder auch beides. Dabei soll dies Arrangement nicht etwa Eure Lohnsätze alteriren.“ Es werden also für ein Departement und bestimmte Arbeitsaufträge alle Kosten genau abgeschägt: Arbeitslohn, Rohmaterialien, Hilfsstoffe, Nutzung der Geräthe und Werkzeuge, mechanische Kraft, Licht, Wasser, Reparaturen, Aufsicht, Schreibarbeit; was sich bei der schließlichen Produktablieferung als „erspart“ herausstellt, kriegt zur Hälfte der Unternehmer, zur Hälfte die Gruppe — von welcher Hälfte aber wieder der Vormann (Werkführer, Fluscher) einen Löwenanteil erhält: Herr Towne schlägt $\frac{1}{6}$ — $\frac{1}{3}$ der Gruppenprämie für ihn vor. Die Arbeiter teilen die übrigen sagen wir 35 Prozent ihrer „Ersparnis“ nach ihren Löhnen. 1887 hatte die Firma 300, 1890 bereits 500 Arbeiter mit diesem System begnügt, dessen Vortheil für den Unternehmer auf der Hand liegt. Und daß dieser Vortheil nicht bloß auf Materialien und Aufsichtsminderverbrauch, sondern ganz wesentlich auf intensiverer Arbeit beruht — auf schlüssigen Arbeitsquoten, von deren üblichem Preis Herr Towne 50 Prozent für sich und 15 Prozent für seine Treiber einsteckt — das beweisen die weiteren Ausführungen. Das System fing sofort mit einer Presselei an; man setzte bei den verschiedenen Gruppen die Produktionskosten gleich 10—20, in einem Falle sogar 30 Prozent gegen die bisherigen herab; man erneigte also, wenn man es so ausdrücken darf, den Gruppenakkord um ebensoviel. „Die Ergebnisse haben die Reduktion gerechtfertigt“, meinte Herr Towne fastblätzig; das heißt: die Arbeiter haben ein entsprechendes Quantum Arbeit, das früher bezahlt wurde, gratis geleistet. Und weiter heißt es: „Wenn während einer abgelaufenen Periode die Produs-

tionskosten bedenklich heruntergebracht sind (was Herrn Towne schon immer zur Hälfte zugute kam), so wird der Unternehmer wahrscheinlich, obwohl es nicht immer der klügste Kurs ist, die Kontrakt-preise entsprechend reduzieren.“ Die gestiegerte Anspannung der Arbeiter würde also bei der nächsten Neuregelung als normal verlangt werden, nur für die abnormalen Steigerungen trate eine Prämie, natürlich wieder vorübergehend, in Kraft. Und was verlangt der Arbeiterfreund dafür noch? Im Anhang findet sich bei Schloss das „Statut“ der Altkriegsellschaft abgebrückt. Diesem zufolge werden die Prämien erst 30 Tage nach dem Ablaufe des Kontraktjahres ausbezahlt, so daß der Arbeiter auf 13 Monate an das Etablissement gefesselt ist. Und dann heißt es unter „Conditions“, daß alle Ansprüche verloren gehen, wenn der Arbeiter wegen seines Vertrags oder seiner Unfähigkeit entlassen wird, „oder wenn er sich mit andern irgendwie vereint, so daß die Beziehung zwischen der Gesellschaft und Ihren Arbeitern gestört oder verhindert (disturbed or affected) werden.“ Diese Bestimmung — fügt das Statut im Tone eines Biedermannes dazu — beschrankt in keiner Weise das Recht jedes Arbeiters, über seinen Lohnsatz durch den Werkführer mit der Gesellschaft zu handeln“!! Nach dem zu den vorigen Beispielen bemerkten genügt es, diesen Humbug einfach beschreibend vorzuführen.*).

Die East and West India Dock Company theltte in ähnlicher Weise brüderlich mit den Dockers. Vor der Sweating-Kommission saß ein Bunge das so aneinander: „Es werden die Normalkosten pro Tonne festgestellt; sagen wir, daß das Löschchen einer Ladung 6 Pence pro Tonne kostet. . . . Werden nun in Folge von Dekommission oder härterer Arbeit die Kosten $5\frac{1}{2}$ Pence pro Tonne, so wäre das eine Ersparnis von einem halben Penny; dieser halbe Penny würde mit der Zahl der . . . gelöschten Tonnen multipliziert werden und — 25 Prozent des Ergebnisses würden dem Arbeitsstab eingehändigt werden, so daß die Docksellschaft 75 Prozent eines gewissen Betrages gespart hätte.“

In Rheims fand Schloss Arbeiter, welche den Wein auf Flaschen füllten, im Bezug eines festen Tagelohnes von 5 Frank; wurde mehr wie eine gewisse Zahl von Flaschen geliefert, so erhielt der Mann einen Zuschlag von 1 Frank. — Lehrlinge werden oft zum Fleisch erzogen, „indem man ihnen zu ihrem geringen festen

*) Die Gesellschaft betreibt ihn mit einem gewissen Maßnahmen. So hängt sie Monat für Monat eine Abrechnung aus, in der jede Gruppe studiren kann, wie ihre Prämien monatlich steigen oder auch vorübergehend unter das alte Niveau zurückfallen, und zwar speziell nach dem Materialienverbrauch, der Werkzeugvermehrung u.s.w. Wenn die Arbeiter wirklich so bloße sind, wie Herr Towne sie voransetzt, so lädt sich denkt, welche Spionage und Betriebsbericht entfesselt wird, um Verluste wieder einzuhüten, wenn irgend einmal ungewöhnlich viel Material verbraucht ist oder sonst eine höhere Belastung der Ausgabenseite stattgefunden hat.

Lohn einen Zuschlag verspricht, der davon abhängt, wie sie ihre besten Kräfte einsetzen. . . . In manchen Fällen steht diese Extralehre . . . nicht im Verhältnis zur Leistung, wird jedoch erhalten, wenn das Leistungsquantum unbefriedigend ist.“ Aus seinen Erfahrungen schließt unser Gewährsmann, daß die Extralehre der jüngeren Kräfte sich dadurch oft ganz außerordentlich hoch. Die Preparators in einer Wollspinnerei arbeiten in Gruppen von je vier Weibern; der feste Wochenlohn betrifft für jedes Mitglied 11 Schilling 1 Penny. Überschreitet die Wochenleistung der Gruppe ein bestimmtes Quantum, so beginnt die Prämienlohnung. Aus den Büchern war ersichtlich, daß in der Vorwoche die Gruppe A 6 Schilling, die Gruppe E und J 5 Schilling, die Gruppe L nichts an Prämien verdient hatte. — In der Ordnung einer Papiermühle in Devonshire heißt es: „Ein Sonnengeld wird in Zukunft bezahlt werden für alles (in Klammern: gut) Papier, das monatlich über 108 Tonnen produziert wird; wenn in einem Monat die angefertigte Gewichtsmenge unter 108 Tonnen bleibt, so wird das Defizit auf den folgenden Monat angerechnet.“ — Dehnlich in einer Streichholz- und Lichterfabrik, wo charakteristischer Weise die Hauptarbeiterin der Gruppe 15 Schilling pro Woche Zeitlohn erhielt und für jedes „drum“ über 11 hinaus einen Extra-Schilling; für jedes der ersten 11 also immer $\frac{1}{2}$ /11, für jedes der weiteren 11/11 Schilling. Herr Schloss nennt das dann nach Veroh-Beaulieu „progressive“ Löhne! — Die Agricultural and Horticultural Association mache mit ihrer Delikchenherstellung schlechte Geschäfte. Sie mußte also aus den Arbeitern an der Presse mehr herausschlagen. Sie setzte demnach bestimmte Zeitlöhne fest und eine normale Minimaleistung. „Nachdem diese Grenze überschritten ist, erhalten die Leute (es handelt sich um Gruppen, bestehend aus dem Preßer, Hilspreller und zwei Burschen) eine Prämie von 1 Schilling 6 Pence pro Tonne für die nächsten 3 Tonnen, von da ab gar $2\frac{1}{2}$ Schilling pro Tonne. . . . Als die Prämie eingeführt war, stieg in der ersten Woche das Ausbringen an der Presse — es war damals nur eine vorhanden — von 26 auf 31, und nach sechs Monaten war das Ausbringen 52, nach zehn Monaten 57 Tonnen, und diese Höhe ist seitdem aufrecht erhalten worden. . . . Die zweite Presse, die vor einem Jahr hinzutrat, begann mit einem Ausbringen von 48 Tonnen, produziert jetzt jedoch über 76 Tonnen die Woche. Der leitende Direktor, Herr G. O. Greening, konstatierte, daß die Männer und Burschen ihre Löhne im Durchschnitt von 1 Pf. Sterling 0 Schilling 7 Pence auf 1 Pf. Sterling 6 Schilling 8 Pence (etwa von 20,60 auf 26,70 Pf.) gesteigert und für die Assoziation einen Verlust in einen Profit umgewandelt hätten.“ — Dieselbe Gesellschaft machte ein ähnliches Experiment mit ihren Büroarbeitern. Wenn die office-Ausgaben unter 3 Pro-

*) Abgedruckt im sechsten Jahresbericht des arbeitsstatistischen Bureaus von Connecticut (für 1890), Seite 227—241, — bei Schloss Seite 78 ff. Auszug.

zent der Verkaufssummen steilen, sollten Zuschläge zu den Gehältern eintreten: von 5 Prozent, wenn die Ausgaben auf $2\frac{1}{4}$ Prozent herabgebracht würden; von 10 Prozent auf $2\frac{1}{2}$ u.s.f. „Das System wirkt wunderbar. Die Bureauarbeiter... strengen sich nicht nur auf das Kleinsten an, die Ausgaben zu vermindern, sie haben sogar aus eigenem Antrieb flinke Umlordnungen zur Steigerung des Umsatzes erfunden.“ Auch hier ist der Mechanismus des Systems sehr einfach, obwohl uns nähere Angaben fehlen. Kommt auf einen Ausgestellten vielleicht täglich ein Warenumsatz von 800 M., während der Gehilfe monatlich ein Gehalt von 100 M. bezahlt, so ist 1 Prozent des Umsatzes gleich 90 Prozent des Gehaltes. Wird im Verhältnis zum Umsatz $1\frac{1}{4}$ Prozent „gespart“, so sind das im Verhältnis zum Gehalt $\frac{90}{4} = 22\frac{1}{2}$ Prozent. Dann kann man ruhigen Gewissens dem Arbeiter 5 Prozent abtreten. Die Mehrarbeit wird dann wahrscheinlich weit über 5 Prozent betragen; sie wird sich besonders darin zeigen, daß für den Mehrumsatz nicht entsprechend mehr Arbeitskräfte angestellt werden; die Kaufleute selber werden sich dagegen sträuben, um durch Reduktion der Kosten des kaufmännischen Departements ihre Prämie zu vermehren.

Dass auch die geringe Gesamtlöhnerhöhung, die trotz des Sinkens des Preises der Arbeit eintreten kann, meist wieder verloren geht, legen die Erfahrungen beim Stücklohn und allgemeine Erwägungen nahe, auch wenn direkte Beweise hierfür bei dem mangelhaften Untersuchungsmaterial fehlen. Die Trades Unionisten beurtheilten das „Bonus“- (Prämien-) System auch dementsprechend. So äußerte Herr Holmes, der Präsident der Burnley Baumwollweber-Gewerkschaft, vor der Labour-Kommission: die Arbeiter würden durch die Hoffnung auf eine Prämie angeregt, bis zur höchsten Leistungsfähigkeit zu produzieren; der Unternehmer stelle so fest, welches die äußerste Geschwindigkeit beim Weben sei, und finge dann an, alle diejenigen zu entlassen, welche bei diesem Geschwindschritt der Athem ausginge. Für die Wollindustrie liegt ein ähnliches Zeugnis vor. Herr Drew äußerte sich im November 1891 vor derselben Kommission: sowie die Unternehmer durch das Bonusystem beim Weber die erreichbar höchste Geschwindigkeit „entdeckt“ hätten, fingen sie an, am Stücklohn zu „nibbeln“, das heißt den „Lohnstandart“ — den Preis der Arbeit — herabzusetzen. — Bei einer solchen Spekulation könnte natürlich der Unternehmer im Anfang auch Prämien zahlen, bei denen er zunächst nichts gewinnt, sogar direkt verliert.

Die Extrazahlungen im Verhältnis zum Umsatz, die wir oben in einem Beispiel anführten, kommen bekanntlich oft bei Kleider- und Ladenverkäufern vor. Häufig nähert sich hier die Prämienhöhung schon der Belebung am Geschäftsgewinn. — Erwähnen wollen wir hier ferner noch die zahlreichen Prämien für Materialersparnis: beim Zugpersonal der Eisenbahnen z. B. fast immer für Kohlen- und Schmieröl-Minderverbrauch. Einzelne unserer Beispiele schlossen diese Art von Prämien schon mit ein. Der Grundgedanke ist hier einfach, daß der Arbeiter durch größere Sorgfalt dem Kapital wesentliche Auslagen von konstantem Kapital „erspart“ und daß das Kapital von dieser freiwerdenden Summe einen geringen Bruchtheil an den Arbeiter abträgt. Das schließt wieder nicht aus, daß der verringerte Verbrauch von Rohmaterialien und Hilfsstoffen, die geringere Benutzung von Arbeitsmitteln bald als normal gilt und dann ohne Prämienzahlung vom Arbeiter gefordert wird; entweder sinkt der normale Lohn oder er steigt nicht, wie es sonst geschehen wäre — dann mag die Prämie nominell blei-

ben; oder die Prämie verschwindet. Der Vortheil für das Kapital bleibt aber meistens auch dann, wenn die Prämie sich nicht derartig im blauen Dunst auflöst.

Ein geradezu schenklischer Auswuchs ist es, wenn in einzelnen Werkstätten Prämien ausgesetzt werden für dieselben Arbeiter, die in der Woche das Meiste geleistet haben. Ein solches allgemeines Wettrennen um einen Mehrarbeits-Championsatz sieht voraus, daß sich in den Arbeitern noch keinerlei Selbstgefühl regt. Kinder und Frauen scheinen es daher hauptsächlich zu sein, die gelegentlich diesem System unterworfen werden. So fand es Schloss in einer großen Telegraphenbanananstalt.

Schließlich zeigen uns freilich die bezahlten „Treiber“ und „Steuer“, die ihre Nebenarbeiter mit sich fortziehen sollen, dasselbe System, nur gleichsam auf den Kopf gestellt. Dort gipfelt die allgemeine Wettjagd in der preisgekrönten Spitze; hier zwingt die gutbezahlte Spitze die Mitarbeiter zu seiner Leistungshöhe empor.

Christenthum und Sozialismus.

Das gescheiteste Pfaffensthum in Deutschland mit Stöcker an der Spitze hat nachgerade im Auslande diejenige richtige Beurtheilung gefunden, die es verdient. Das anwidernde Kriechen vor der Macht, das ganz unverhüllte Streben nach Glanz und Reichtum, nach Macht und Einfluß und die zelotenhaften Begierden und Verfolgung alles Dessen, was den Herrschenden unangenehm ist, hat den Gescheltenen die tiefsten Antipathien aller anständigen Leute eingetragen.

Dass man auch als Theologe der sozialen Frage und der Sozialdemokratie anders gegenüberstehen kann, als Stöcker und Kousorten beider gegenüberstehen, hat längst eine Versammlung im schweizerischen Kanton Thurgau dargethan. Dort hielt der „Verein für kirchlichen Fortschritt“ seine Jahressammlung ab, bei der über das Verhältnis des Christenthums zum Sozialismus verhandelt wurde. Ein Pfarrer Lester referierte. Nach den Zeitungsberichten schillerte er zunächst in kurzen drastischen Zügen die soziale Lage und die gewaltige Saugkraft des Kapitals, das über immer weitere Kreise Armut und Elend bringt. Dies läßt sich nicht nur auf dem Gebiete der Industrie, sondern auch auf dem der Landwirtschaft beobachten, wo die Verschuldung mächtig überhand nimmt. Aus der sozialen Lage entsteht die soziale Frage. Als moderne Messiasgestalt erhält sich da der Sozialismus als das Bestreben, auf verschiedenartigen Wegen gesetzlichen Zwanges eine möglichst große Gleichheit von Armut und Reichtum unter der heutigen Menschheit herzustellen.

In etwas willkürlicher und konfuser Weise nimmt Pfarrer Lester — wahrscheinlich nach dem Beispiel der göttlichen Dreifaltigkeit — eine Dreiteilung des Sozialismus vor. Er teilt denselben in die drei Formen: Sozialdemokratie, Bodenbesitzreform und soziale Reform. Die Sozialdemokratie, sagt er, hat das größte Sizombett und rauscht mit gewaltigen Wellen daher. Die äußerste Linke derselben entwirft ein phantastisches Zukunftsbild, das die tiefverwundete Menschheit über Regenbogenwolken in ein Asgard absoluter Glückseligkeit führen will. Aber was zu schön ist, kann gewöhnlich nicht sein. Diese Schwärmerei ist jedoch begreifbar und zu entschuldigen; mit ähnlichem Enthusiasmus sind das Christenthum, die Reformation und die große Revolution in's Leben getreten. Auch die Sterne des Himmels waren Dunst, bis sie sich kondensierten, um uns jetzt in ewiger Herrlichkeit zu leuchten; Schwärmerei ist der Anfang alles Großen. Der Gewalthaufen der Sozialdemokratie

aber ist bereits über diese Phantasymäguren hinweggeschritten. Der Redner schillerte sodann den „Zukunftsstaat“, wo alle arbeiten, aber nur kurze Zeit, wo man statt mit Geld mit Arbeitskarten seine Bedürfnisse bestreitet, wo die Gemeinschaft sorgt für die Kindererziehung und die Altersversorgung, wo die Ehe ein löslicher Vertrag ist usw.

Die Bodenbesitzreform besteht darin: Der Staat kauft dem Bauer Grund und Boden ab und verleiht ihm denselben wieder gegen eine billige Pacht, die immer niedriger wird, deren Ertrag aber doch genügt, um alle Staats- und Gemeindebedürfnisse zu bestreiten und die auch auf den Blutsfuß des in der Industrie arbeitenden Kapitals so drückt, daß der Arbeitslohn erhöht werden kann.

Die soziale Reform endlich gleicht der praktischen Hausfrau, welche sagt: „Grau ist alle Theorie“, welche das Haus nicht utebereift auf's Gerabewohl, sondern es den Bedürfnissen gemäß nach und nach umbaut. Diesen Weg hat die Bürgerschaft mit Erfolg beschritten und der Erfolg wird sich steigern von Jahr für Jahr, wenn die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung und das von vielen sehnlich erwartete Getreidemonopol, sowie die internationale Verdunstigung hinsichtlich der Arbeitszeit und des Lohnes realisiert sein wird. Alle drei Formen des Sozialismus stimmen aber mit ein in den Gang:

Wir weinen, was wir schmieden,
Der Freiheit und dem Frieden;
Nicht droben erst, hineineden
Soll Jeder glücklich sein!

Das freie Christenthum nun ist nichts Anderes als das uralte Christenthum Christi und als solches ist es in seinem innersten Wesen Erbarmen mit den Armen und Elenden; es nagelt die Schande des Priesters fest, der den Unglücklichen am Wege liegen läßt und die Härte des Reichs, vor dessen Thüre der arme Lazarus liegt. Wer den Hungernenden speist, den Nackten Kleidet, den Heimathlosen beherbergst, den Kranken und den gefangenem Verbrecher liebreich aufsucht, geht ein zu seines Herrn Freude. Das Christenthum ist dem Sozialismus sympathisch —, beide finden und versöhnen sich. Das freie Christenthum weiß, daß es eine große Schuld abzutragen hat, daß es muß vergessen machen die harten Worte Buthers wider die armen Bauern und die Zeit, da die Religion den oberen Zehntausend als schwarze Gendarmerie des Kapitals zur Seite stand und die Berechtigung des Sklavenhandels aus der Bibel bewies. Es weiß, daß es nicht angeht, die Brücke zum Jenseits abzubrechen, aber es will in erster Linie ein Christenthum der Diesseitigkeit sein, damit auch hierzulande ein kurzer Glücksschimmer in das arme Menschenherz falle und die Menschen so gegeneinander gestimmt werden, daß hier auf Erden wenigstens ein schwacher Abglanz des Himmels zu leuchten beginne. Es steht zum Sozialismus ohne jedes Vorurtheil. Es muß Mitgefühl haben mit den Bataillonen der Armut; wenn auch oft zynische, verleidende, rohe Worte zu ihm herüberfließen, so darf es nicht vergessen die Seufzer, die Leiden und Thränen, welche sich verhärtet haben in die scharfen Schäfte des heutigen Sozialismus. Diese Erscheinungen sind eben nichts Anderes, als eine furchtbare Anklage gegen die heute zu Recht bestehenden Zustände. Aller Richterischen Kritik gegenüber anerkennt das Christenthum das Bewußtsein, das dem Sozialismus Nienkräfte verleiht: es muß besser werden, ja es anerkennt, daß derselbe schon Vieles besser gemacht hat; er ist der Prophet Nathan, der das Gewissen der Könige und Regierungen erzittern gemacht hat und er wird trotz dem gegenwärtigen Urtheil aller (?) Nationalökonomien immer größere Erfolge er-

ringen. Er ist der Hannibal, der über die eisigen Alpen zieht; der Bortrab und die Elefanten gehen zu Grunde; aber der Gewalthaufen bricht durch und plötzlich erdröhnt Rom unter dem Schreckensrufe: Hannibal ante portas! Darum nimmt das freie Christenthum dem Sozialismus gegenüber die Stellung der Gerechtigkeit, der Billigkeit und der Hoffnung ein, daß er in keiner seiner drei Gestalten ein verlorener Sohn sei. Allerdings geht das freie Christenthum nicht mit fliegenden Fahnen zu irgendeiner sozialistischen Partei über; aber es nimmt neben dem Sozialismus Stellung, um die Notlage zu heben und jedem Menschen das Naturrecht seines Brodes und sein gewisses Maß von Behaglichkeit auf Erden anzuweisen. Wir halten es nicht mit den deutschen Pastoren, welche die soziale Frage nur durch die Geistesmächte des Christenthums gelöst haben wollen; das Christenthum schließt auch die Brodfrage ein in sein fürsorgendes und liebendes Herz.

Pfarrer Lester konstatiert zum Schlusse seines interessanten Vortrages, daß in den Kreisen der Sozialdemokratie die wenigsten Verbrechen vorkommen und daß in denselben ein überraschender Bildungsrückzug zu Tage tritt.

An dem Vortrage wäre mancherlei anzusehen, manches richtig zu stellen; allein nehmen wir ihn als Ganzes hin, so ist er eine ebenso wohlthuende wie bedeutsame Erscheinung und gegen Pfarrer Lester erscheint der Heypaffe Stöcker mehr als Schauspiel denn als Diener der christlichen Kirche.

Der Korreferent Pfarrer Christinger, bekämpfte in seiner Rede den Sozialismus; aber er gab im Webrigen doch eine richtige Auffassung der heutigen sozialen Verhältnisse zu erkennen. Er anerkannnte, daß der Fabrikarbeiter eine schwere und freudlose Arbeit zu vollbringen und ein sorgenvolles, unsicheres Leben zu tragen hat. Der Arbeiter hat den größten Theil des Tages kein Familienleben, keine Heimath, er hat keine Abwechslung in der Arbeit, keinen lohnenden Gewinn, muß im Winter oft schlecht gekleidet des Nachts zur Arbeit gehen und bei Nachtzeit heimkehren; er ist gänzlich abhängig und der Fabrikherr entschuldigt es mit dem Hinweis auf die unerbittliche Konkurrenz, daß er ihn auf die Gasse stellt, wenn seine Kraft verzehrt ist; der Arbeiter muß oft eine schwule Temperatur in der Fabrik und ein großes Getöse der Maschinen aushalten; sein Blut wird schwach, sein Antlitz bleich und früher als Andere sinkt er in's Grab. Er kann nach den ersten Jahren nicht mehr avancieren, muß seine Kinder so früh als möglich zum gleichen harten Dienst anhalten, wobei manche edle Menschenblume früh dahinwirkt.

So ist es also der Arbeiter, der am meisten Grund und Recht dazu hat, auf eine bessere Befriedigung seiner Bedürfnisse hinzuwirken. „Wir anerkennen den Manchestergrundsatzen von dem freien Wettkampf aller Einzelnen nicht. Genossenschaftsbildung ist eine unbedingte Nothwendigkeit und wo auch diese nicht ausreicht, da muß... der Staat seine schützende Hand über die Armen und Bedrängten ausstrecken. Wir anerkennen ferner, daß eine höhere Lebenshaltung in Nahrung, Kleidung, Wohnung, Sitte und ehlem Genuss allem Volke zum Bedürfnis geworden...“

„Doch weh uns, wenn wir uns nur auf das Abweisen der Klagen und Reformvorschläge beschränken wollten? Eine Gedanken sind unsere Brüder und haben ein Recht auf unsere Theilnahme und Hilfe. Ihr Streben nach Bildung und Selbständigkeit erhöht uns Achtung ab. Staat und Kirche haben schon schwer an ihnen gesündigt, letztere besonders in Deutschland, wo die Geistlichkeit bei den

Melchen zu Tische sitzt und in ihrem Glanze sich sonnt, ohne sich um das Glück des Volkes zu kümmern. Das Christenthum war bis dahin zu vornehm, zu nahe mit dem Kapital verwandt; eine Ausnahme machten nur die Pietisten der alten Schule, in deren Fußstapfen wir freidenkende Christen treten müssen, so auffallend dies auch Eingang mag. Das freie Christenthum betont stärker als das „rechtläufige“ die Gleichberechtigung aller Menschen und deren Berufung nicht nur zur inneren, sittlichen, sondern auch zur äußeren leiblichen klononischen „Freiheit“. Es legt mehr Wert auf den Glauben, der durch die Liebe thätig ist, als auf den Glauben, der sich auf Bekennnisse stützt und in gewissen Vorstellungen das Heil findet . . .“

Pfarrer Christlinger will schließlich die soziale Frage durch das Zusammenspielen aller sittlichen Mächte in der Gesellschaft, des Staates, der Kirche, der Wissenschaft und der Gemeinnützigkeit gelöst wissen.

Das ist gewiß recht schön, allein die Vorstellung, welche Pfarrer Christlinger von der Lösung der sozialen Frage sich macht, ist offenbar keine Lösung. Er spricht von der Hilfe, welche wir der Armut angebeihen lassen sollen — er merkt nicht, daß das Verbleiben, die Konservierung der Armut durch christliche Barmherzigkeit und Wohlthätigkeit eben keine Lösung der sozialen Frage ist. Christlinger und noch mehr Lester, sind trotzdem auch für uns recht sympathische Priestergestalten, aber um mit uns, mit der konsequenten Sozialdemokratie, Schritt zu halten, müssen beide noch mehrere Entwicklungsphasen durchmachen. Aber dessen ungeachtet sind sie für das deutsche Pastorenhum à la Stöcker klassische Vorbilder — Vorbilder, welche die gescheiterten Streber nie und nimmer erreichen können.

Internationaler Metallarbeiter-Kongress in Zürich.

(Schluß.)

Die letzte Sitzung fand nicht wie ursprünglich beabsichtigt am 12. August, sondern schon am 11. August Abends 8 Uhr im „Schwan“ statt.

Vertreten waren Deutschland, Frankreich, England, Amerika, Belgien, Österreich, Ungarn und die Schweiz.

Die Sitzung wurde durch Jung-Deutschland eröffnet und dieser zum Vorsitzenden, Frick-Schweiz zum Sekretär ernannt.

Berger-Schweiz brachte die in drei Sprachen gedruckt vorliegende, von der Kommission beschlossene Resolution zur Kenntnis, welche folgenden Wortlaut hat:

Der Internationale Metallarbeiter-Kongress in Zürich beschließt:

1. Es wird ein internationales Auskunfts-Bureau errichtet. Dessen Funktionen sind: Ueber die Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder an die Arbeiterzeitungen und die Vertrauensmänner der beteiligten Länderverbände Mittheilung zu machen. Hauptfachlich hat dasselbe die Aufgabe in Streitangelegenheiten zu übermitteln. Ebenso sind durch das internationale Auskunfts-Bureau nationale und internationale Vorlagen von Arbeiterschutzgesetzen zur Kenntnis der Arbeiterpresse und der Vertrauensmänner zu bringen. Anfragen in gewerkschaftlicher Beziehung werden durch das Auskunfts-Bureau erledigt. Die Berichte, Mittheilungen etc. werden in deutscher, französischer und englischer Sprache abgefaßt.

2. Die Kosten für das internationale Auskunfts-Bureau werden von dem Landesverbande geregelt, in welchem dasselbe den Sitz hat. Alle Halbjahre wird die verausgabte Summe

von den beteiligten Ländern-Organisationen proportional erhöhten.

3. Sitz des internationalen Auskunfts-Bureaus ist bis zum nächsten internationalen Metallarbeiter-Kongress die Schweiz.

In Ausführung der Resolution des Brüsseler Kongresses wird für gegenseitige Berichterstattungen, Mittheilungen, Angebungen etc. folgendes Regulativ festgestellt:

1. In jedem Lande haben die Metallarbeiter einen Vertrauensmann zu wählen, welcher die internationalen Beziehungen der Berufsgenossen wahrzunehmen und zu ordnen hat.
2. Der Vertrauensmann ist verpflichtet, alle sechs Monate einen schriftlichen Bericht zu erstatten.

Ueber Arbeiterbewegungen und namentlich über Streiffälle ist sofort Bericht an das internationale Auskunfts-Bureau abzugeben. — Die Fachorgane sind dem internationalen Bureau unentbehrlich zuzustellen.

3. Der periodische Bericht soll enthalten:

- a. Die Zahl der in dem betreffenden Lande beschäftigten Metallarbeiter;
- b. die Zahl der organisierten Berufsgenossen und die Art der Organisation;
- c. die durchschnittliche Arbeitszeit;
- d. die Durchschnittslöhne;
- e. den Geschäftsgang;
- f. den Stand der gewerkschaftlichen Presse;
- g. Mittheilungen über allenfallsige Sozialbewegungen und deren Verlauf;
- h. den Stand der Unternehmerorganisationen und deren Maßnahmen gegen Berufsgenossen.

Die Berichte sind in der Landessprache abzufassen.

4. Die Kosten für die Vertrauensmänner trägt jede Landesorganisation selbst.

Zu Händen des internationalen Auskunfts-Bureaus und der internationalen Vertrauensmänner soll ein genaues Adressenverzeichnis der Länderorganisationen, der nationalen Vertrauensmänner und der Fachpresse der verschiedenen Länder aufgestellt werden.

Mauntier-Frankreich hätte eine straffere Verbindung der Organisationen der verschiedenen Länder gewünscht, man dürfe sich nicht nach den reaktionären Gesetzen der einzelnen Länder richten; wenn einzelne Organisationen aufgelöst würden, so würde das keinen großen Schaden bringen, die Berufsgenossen würden dann um so eher die Unhaltbarkeit der jüngsten Vereinsgesetze einsehen.

Pierron-Belgien ist nicht dafür, daß man die Organisationen der Polizei an's Messer liefern, hätte aber gewünscht, daß eine Bestimmung über die gegenseitige Unterstützung in Streiffällen in der Resolution Platz gefunden hätte.

Segi b begründet in eingehender Weise die Kommissionsbeschlüsse, die Alles enthalten, was unter den verzeitlichen Verhältnissen geleistet werden kann. Er wendet sich mit großer Entschiedenheit gegen die leichtfertige Auffassung, welche Arbeiterorganisationen, die mit Mühen und Opfern errungen, der Willkür der Polizei preisgeben will. Nebner verweist auf die Verstörungen der Gewerkschaftsorganisationen durch das Sozialistengesetz in Deutschland. Eine straffere Zusammenfassung der Kräfte würde die Deutschen veranlassen, zurückzutreten, da sie ihre Gewerkschaften nicht auf's Spiel setzen wollen. Ueber die Unterstützungen bei Streiks brauchten keine Bestimmungen in die Resolution aufgenommen zu werden, das Solidaritätsgefühl sei in allen zivilisierten Ländern so erstaunt, daß stets Hilfe geleistet wird, wenn es möglich ist. Nicht dadurch wird für ein geistiges Wirken Garantie geschaffen, daß Alles parat gehalten wird, nicht viel auszurichten ist. Die englischen Gewerkeine erheben durchweg das dreifache und vierfache an-

Führung ber in der Resolution enthaltenen Grundidee. Wenn die bisherigen Vereinbarungen nicht das gewünschte Resultat erzielen, so lag das nicht daran, daß die Brüsseler Resolution nicht umfangreich genug war, sondern an dem Umstand, daß das, was beschlossen war, nicht ausgeführt wurde. Segi b erläuterte dann jeden einzelnen Punkt der Resolution und empfahl deren Annahme.

Der zweite Delegirte Frankreichs, sowie der englische Vertreter, Schwarz-Lübeck und Müller-Berlin unterstützten die Ausführungen von Segi b. Auch Genosse Lischka-Oesterreich und der Vertreter Ungarns warnen vor zu weitgehenden Beschlüssen. Man müsse praktisch arbeiten, die Theorie, welche Mauntier entwickelt, sei eher zur Verstärkung als zum Aufbau geeignet. Die Zeit werde noch kommen, wo die Proletarier der ganzen Welt vereinigt sein können, vorläufig müsse man sich mit dem begnügen, was möglich ist. Im gleichen Sinne sprachen sich auch verschiedene Schweizer Delegirte aus. Darauf wurde die Generaldiskussion geschlossen und in die Spezialdiskussion eingetreten.

In der Spezialdiskussion beteiligten sich die Vertreter aller Nationen. Besonders eingehend wurde über den Sitz des Sekretärs berathen. Einzelne Delegirte meinten, man solle abwarten, ob nicht ein gemeinsames Bureau für alle Gewerkschaften errichtet werde. Dem wurde entgegen gehalten, daß davon die Ausführung der Beschlüsse nicht abhängig gemacht werden dürfe; wenn ein solches gemeinsames Bureau zu Stande kommt, können sich die Metallarbeiter immerhin anschließen.

Nicht minder lebhaft war die Debatte über den Kostenpunkt.

Von den amerikanischen Delegirten war angeregt worden, sofort von den einzelnen Ländern, welche sich an der Organisation beteiligen, eine bestimmte Summe zu erheben, um die Glurichtungskosten bestreiten zu können. Von anderer Seite wurde befürwortet, quartaliter je einen Pfennig pro Mitglied der Organisationen zu erheben und an den Verwalter des Auskunfts-Bureaus abzuführen.

Beide Vorschläge wurden abgelehnt und beschlossen: die Schweizer Genossen haben zunächst die Kosten für Glurichtung des Bureaus etc. zu veranlassen und diese, sowie die laufenden Verwaltungskosten, proportional nach der Zahl der organisierten Berufsgenossen von den Vertrauensmännern der einzelnen Länder zu erheben.

Als Sitz für den Sekretär wurde bis zum nächsten internationalen Metallarbeiter-Kongress die Schweiz bestimmt. Die Wahl des Sekretärs haben die Schweizer Genossen zu vollziehen. Die Wahl der Vertrauensmänner in den einzelnen Ländern ist von den Berufsgenossen vorzunehmen und hat in öffentlichen Metallarbeiterversammlungen zu erfolgen.

Eine sehr eingehende Berathung erforderte auch die Regelung der Wanderverstärkung. Von den Vertretern aller Länder wurde die Beibehaltung resp. Einführung der Wanderverstärkung als nothwendig befunden, namentlich der englische Vertreter legte ein großes Gewicht auf die Unterstützung der wandernen Genossen. Die Opfer, welche die einzelnen Organisationen zu bringen haben, würden keineswegs unterschätzt, größer aber wurde der Vortheil befunden, der durch die Unterstützung der reisenden Kollegen für die Gemeinsamkeit erwächst.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch die von verschiedenen Organisationen zur Erhebung gelangenden Beiträge bekannt und hervorgehoben, daß mit einem Beitrag von 15 Fr., wie er in Deutschland erhoben wird, nicht viel auszurichten ist. Die englischen Gewerkeine erheben durchweg das dreifache und vierfache an-

Beiträgen, diesen Umstand verbanden sie auch ihre Leistungsfähigkeit.

Nach langer Diskussion wurde folgende Resolution beschlossen:

1. Die Nettunterstützung ist in allen beteiligten Ländern obligatorisch zu erklären.
2. Die organisierten Metallarbeiter sind bei ihrem Betreten eines mitbeteiligten Landes als Mitglieder der betreffenden Landesorganisation zu behandeln, insoweit nachweisbar konstatirt werden kann, daß dieselben mindestens sechs Monate hindurch die Beiträge bezahlt haben.
3. Die Nettunterstützung soll nach Distanzen einheitlich geregelt werden.

Für mehr belastete Länder soll eine Ausgleichung vorgenommen werden.

Mit dem Wunsche, daß die gefassten Beschlüsse den gesamten organisierten Metallarbeiter zum Vortheil gereichen mögen, schloß der Vorsitzende um 3/41 Uhr Nachts den Kongress.

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress in Zürich.

Vierte Sitzung.

Donnerstag Vormittags 9 Uhr.

Den Vorsitz übernimmt Arghyades, Vertreter der Pariser Blauquisen. Wenn auch die Franzosen heute an Zahl schwächer, so seien doch alle Richtungen, und vor allem das arbeitende Frankreich, das wirkliche Proletariat vertreten. Wenn die Franzosen ihre Stimme und ihr Votum lauter und energischer zum Ausdruck bringen, so müsse man das ihrem Temperamente zu gute halten. Aber die Franzosen hätten gewünscht, daß neben Marx auch die Bilder von Boxkämpfern anderer Nationen, z. B. Blanqui, Fourier, St. Simon, den Saal geschückt hätten, weil diese alle beigetragen, den wissenschaftlichen Sozialismus zu begründen.

Die österreichische Delegation beantragt, den streikenden englischen Bergarbeitern die Sympathie des Kongresses zu übertragen, was der Kongress mit der Ergänzung beschließt, in seiner Mitte eine Sitzung zur thakräftigen Verkündung dieser Sympathie zu veranstalten.

Picard (Bergarbeiter-Abgeordneter im englischen Parlament) dankt für diese Kundgebung; wenn auch 800,000 Bergarbeiter auf der Straße liegen, so bedrängen sie doch der augenblicklichen Hilfe noch nicht; aber die englischen Bergarbeiter würden diese Sprache des Herzens, von der er hoffe, daß sie kräftig erklingen, mit Dank erwidern.

Die deutsche Delegation erklärt, 500 Fr. für die Bergleute zu zahlen.

Die gestern wegen ihres exzessiven Benehmens entfernten „Unabhängigen“ und Monarchisten senden einen Protest gegen ihre gewaltsame Entfernung, verschweigen aber vollständig, daß sie selbst und ihre Zürcher Anhänger es gewesen, die mit den Gewaltthärtigkeiten, mit rohen Prügeleien begonnen, und erst in Folge dessen zur Thätigkeit hinausgebracht wurden. Ohne diese Prügeleien hätte bis zur Entscheidung über die Gültigkeit ihrer Mandate Niemand ihre Entfernung verlangt. Der Kongress nimmt diesen Protest sowieso entgegen, nur ein paar englische Delegirte und die Holländer klatschen Beifall.

Nieuwenhuis bringt einen Protest ein gegen die gestrige Abstimmung über das Bebel'sche Amendum zu den Befreiungsbedingungen. Der Antrag Bebel's habe alle Amendements erledigt; nur unter dieser Voraussetzung hätten die Holländer dafür gestimmt. Trotzdem habe Singer das Amendum Bebel zur Abstimmung gebracht. Gegen eine solche Geschäftsfleistung müsse er protestieren. Er habe sich zuerst gefragt: Ist das ehrlich? er seje indeß den guten Glauben vorans. Aber mit der Annahme des Amendements Bebel's sei die freie Meinungsäußerung unmöglich gewacht; und gegen diese Majorität protestire er ebenso wie gegen die damit erfolgte Beschränkung der Befreiung. Er verlange nochmalige Abstimmung und erhoffe dann die Ablehnung dieser Beschränkung. Sollt thate man gut, das Bild Marx mit Trauerflor zu umhüllen, denn dawit wäre das Wort: „Proletarier aller Länder, vereinigt!“ zur Lüge geworden.

Rechtlich spricht sich Bolderb aus. Der Engländer Oliver nimmt den Präsidenten in Schuß und beantragt Uebergang zur Tagessordnung; wir haben noch 11 wichtige Gegenstände zu verhandeln; es geht doch nicht an, daß wir jeden Tag kritisieren, was am vorhergehenden beschlossen worden. Mit großer Majorität beschließt der Kongress

Übergang zur Tagesordnung und rechtfertigt damit völlig die Geschäftsführung des Präsidenten.

Es erfolgt die Berichterstattung der Mandatprüfungskommission: England ist vertreten durch 65 Delegierte, die 44 politische und gewerkschaftliche Organisationen repräsentieren, darunter 9 ausschließlich aus jüdischen Arbeitern bestehend; Österreich 64, darunter 7 tschechische Delegierte, für sämmtliche Parteien und Verbündete; Australien 1 Delegierte für 5 sozialistische Organisationen, darunter eine deutsche; die sogenannte Arbeiterpartei und die Gewerkschaftszentralisation habe eine Beschildigung abgelehnt, so daß die Ehre der Vertretung ausschließlich den Sozialisten gehöre; Belgien 17 Delegierte, darunter 2 Frauen, für politische und gewerkschaftliche Organisationen; Bulgarien 2 Delegierte und 81 Organisationen; Dänemark 2 Delegierte für die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften Kopenhagen, erste 150 Vereine mit 17,000, letzte 90 Organisationen mit 20,000 Mitgliedern; Spanien 2 Delegierte; Iglesias für die sozialdemokratische Arbeiterpartei, Garcia für die Gewerkschaften; Amerika 3 Delegierte; Gahan für die jüdischen Gewerkschaften, de Leon für die sozialistische Arbeiterpartei, Sancal für die Central Labour Federation in New-York; das Mandat eines vierten Delegierten (Henzhot, Holzarbeiter-Gewerkschaft) wird beantragt, da es nur für die internationale Holzarbeiter-Konferenz ausgestellt ist. Frankreich 89 Delegierte für 54 verschiedene Organisationen. Holland 6 Delegierte, wovon 3 für den Sozialdem. Bund, je 1 für die Buchdrucker, Buchdrucker und einen sozialistischen Lehrerbereich. Ungarn (inklusive der kroatischen Landesorganisation) 9 Delegierte für die politische Partei und 23 Gewerkschaften; ein Mandat wird für ungültig erklärt, weil der Delegierte aus der Partei ausgeschlossen worden. Rumänien 5 Delegierte für die Partei und Gewerkschaften. Russland 1 Delegierter (Plechanow) für eine Geheimorganisation "Emancipation der Arbeit" in Petersburg; aber wenn auch die Organisation geheim sei, so sei sie nicht anarchistisch und in Russland werde auch für den Anarchismus nie ein Boden sein, weil die russischen Sozialisten auf dem Standpunkt des demokratischen Sozialismus stehen. Serbien 1 Delegierter für verschiedene sozialistische Vereine; die ökonomische und politische Entwicklung sei in ihrem Lande noch so rückständig, daß es zur Entwicklung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei leider noch nicht habe kommen können. Schweiz 101 Delegierte für Grüttiverein (12,000), Gewerkschaftsbund (15,000), Sozialdemokratische Partei (6000 Mitglieder). Deutschland 92 Delegierte mit 153 Mandaten für die Partei und Gewerkschaften, darunter eine Frau für die sozialistischen Arbeiterinnen-Vereinigungen. 11 Mandate für 10 Delegierte müßten, weil sie den Bedingungen über die Zulassung des Kongresses nicht entsprachen, zurückgewiesen werden. (Die zurückgewiesenen Anarchisten und Unabhängigen sind: Bandauer und Werner-Berlin, Strahl-Elberfeld, Röster, Blech, Nathmann, Nahman-Zürich, Rörner-Graf für Bernburg.) Norwegen 1 Delegierter, Italien 21 für Partei und Gewerkschaften, und Polen 21 Delegierte.

Eine Anzahl italienischer, deutscher und schweizerischer Delegirten beantragen, der Kongress soll den im Wahlkampf stehenden französischen Genossen seine Sympathie entziehen, der Kongress stimmt unter jubelnden Zurufen dieser Aufforderung zu. Die englische Delegation berichtet, daß sie einstimmig beschlossen habe, der französischen Arbeiterchaft ihre Solidarität zu beladen angegesichts der Feindseligkeit zwischen Frankreich und England, die durch die italienische Frage hervergerufen sei. Mögen die Bourgeoisie sich befürchten, die Interessen der Arbeiterklasse zwingen sie in Frankreich und England zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Deshalb wolle sie ihre Brüderliebe öffentlich bekunden und senden den französischen Arbeitern und ihren Wählern die herzlichsten Glückwünsche.

Fünfte Sitzung.

Mittwoch Nachmittags 3 Uhr.

Sancal schlägt eine Sympathiekundgebung vor für die erst letzte Tage durch die Kreise zu tausenden auf's Pflaster geworfenen amerikanischen Arbeiter.

Bebel gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

Gegenüber den fortgesetzten Missdeutungen des Zusatzantrages Bebel und Genossen zum Punkt 1 des Reglements für die Zulassung zum Kongress erklären die unterzeichneten Autographsteller zu Protokoll:

1. Dieser Zusatzantrag, der die Feststellung des Begriffs "politische Aktion" enthält, war für uns eine Notwendigkeit, nachdem Herr Bandauer in der deutschen Delegation und im Kongress Namens der Anarchisten und ihrer Freunde erklärt hatte, das Wort "politische Aktion" sei nichts-

sagend, man könne darunter verstehen, was man wolle. Damit war für diesen und alle nächsten Kongresse kein Misstrauisch und den endlosen Verzettelungen von Zeit Thür und Thor gefeuert.

2. Der Zusatzantrag besagt durchaus nicht, daß jeder, der zum Kongress kommt, sich verpflichtet, die politische Aktion unter allen Umständen in jedem Detail unserer Definition auszuüben. Er fordert nur die Anerkennung des Rechtes der Arbeiter, sämmtliche politischen Rechte ihres Landes nach ihrem Ermessen für die Förderung der Interessen der arbeitenden Klassen auszuüben und sich als selbständige politische Arbeiterpartei zu konstituieren.

3. Damit haben wir uns durchaus nicht auf den engherzigen Standpunkt gestellt, der uns untergeschoben worden ist. Wir haben nur ein geduldiges Zusammenarbeiten mit Leuten für unmöglich erklärt, die selbst in höchst engherziger und feindseliger Auffassung den Arbeitern und Sozialisten die Hände binden und sie auf bestimmte Mittel beschränken wollen, und die ihre Aufgabe darin sehen, denjenigen Sozialisten und Arbeitern die sich anderer als der von ihnen gebilligten Mittel bedienen, zum Vortheil der Ausbeuter-Parteien in die Arme zu fallen.

4. Wir erklären außerdem, daß gewiß dem durch den Zusatzantrag jetzt modifizierten Reglement keine wirkliche gewerkschaftliche Arbeiterorganisation von diesem und künftigen Kongressen ausgeschlossen oder in der Auswahl ihrer Delegirten beschränkt ist. Der Zusatz bezieht sich nur auf die nichtgewerkschaftlichen Vereine und Gruppen. — Bebel, Edward, Kautsky, Otto Lang, Adler.

Von der selben erstattet Bericht über die Mandatprüfung. Beanstandet sind zwei italienische, 1 polnische, 1 ungarische und 11 deutsche Mandate. Die zwei italienischen Mandate sind von Anarchisten ausgestellt und daher abzulehnen; das polnische Mandat wird bestätigt, weil es von einer Zeitung ausgestellt, dessen Redaktion absolut unbekannt; das Bureau ist für Gültigerklärung sowohl dieses als des ungarischen Mandates. Bezuglich der beanstandeten deutschen Mandate ist das Bureau getheilter Meinung. Die Majorität beantragt Zurückweisung von Werner und Bandauer, ebenso die der übrigen "unabhängigen" Delegirten aus der Schweiz, die sich nach ihrer Zurückweisung durch die Schweizer an die deutsche Delegation gewandt; ein Mandat muß für ungültig erklärt werden, weil sämmtliche 15 Unterschriften von einer Hand herrühren.

Das Bystanski bittet, das beanstandete polnische Mandat zurückzuweisen. Die Zeitung sei nur in einer Nummer erschienen, über die Mächtigkeit sei also kein Urteil möglich; das Mandat sei ohne Unterschrift, Niemand wisse, wer der Redakteur der Zeitung sei, die hier eine Delegirte entsende.

Frl. Bugenburg erklärt diese Thatsache mit den eigentümlichen Verhältnissen in Russisch-Polen. Die Zeitung werde von einem sozialdemokratischen literarischen Verein herausgegeben, müsse als Ausdruck des polnischen sozialistischen Proletariats betrachtet werden.

Nach langerer Diskussion beschließt der Kongress mit Stimmenmehrheit Zurückweisung der Delegirten. Das Bureau beauftragt die Abstimmung; Polen beantragt Nationalitäten-Abstimmung. 7 Nationen sind für Anerkennung, 9 für Verwerfung des Mandates, 3 enthalten sich.

Für die Gültigkeit der beanstandeten deutschen Mandate spricht Gilles-London, die englische Delegation erklärt aber, daß Gilles nicht in ihrem Auftrage spreche. Gilles erklärt unter großem Widerspruch der Deutschen, die Wahlen seien ordnungsmäßig erfolgt, die beanstandeten Delegirten vertreten die gleichen Ideale, seien keine Anarchisten, sondern nennen sich nur so mit einer gewissen Bräucher, einzelne erheben sogar ausdrücklich Widerspruch. Der Kongress soll ein Exempel statuieren, ob er so tolerant sein will, Sozialisten abzuweisen, weil sie eine andere Taktik verfolgen.

De Leon: Die Deutschen sind gewiß nicht immer unsichtbar gewesen, aber sie haben unstreitig große Bedeutung um die Sache des internationalen Proletariats. Das die Unabhängigen es ehrlich meinten, diesen Eindruck habe er nicht; aber wenn dies der Fall, so haben sie sich ausgedrückt wie Eis.

Die deutsche Uebersetzung der Gilles'schen Ausführungen durch ihn selbst wurde seitens der deutschen Delegation nur mit großer Unruhe angenommen; man verlangte die Uebertragung ins Deutsche durch die offiziellen Übersetzer aus dem Bureau, weil man bei der bekannten Charakterfestigkeit dieses Herren an einer getreuen Wiedergabe der für die Engländer berechneten Ausführungen zweifelte. Da der in der Gesetzesfassung ohnehin nicht faktenfeste Präsident Argyriades aber in Folge seiner Auseinandersetzung die Situation nicht mehr beherrschte, und mangels fremdsprachlicher Kenntnisse keinen der deutschen, englischen etc. Kurze verstand, seine französischen Aus-

führungen zwar mit Staturstimme vortrug, es aber fast immer unterließ, die Uebersetzung folgen zu lassen, so nahmen die Verhandlungen zeitweise einen sehr lärmischen Charakter an.

Nach den Ausführungen de Leon's (Amerika) wurde Schluß der Debatte angenommen, die Engländer brochen mit Verlassen des Saales, wenn nicht endlich diese unruhige Debatte und geschäftsführende Verwirrung aufhören. Noch 19 Redner sind eingeschritten.

Marchand (Frankreich) spricht gegen den Schluß; es sei zwar viel für die Ausschließung, wenig für die Zulassung gesprochen worden; er verlange nochmalige Verlesung der zulassenden Mandate, damit man wisse, was man eigentlich thue.

Die Abstimmung nach Nationalitäten vollzog sich unter großer Spannung. Jedes Votum für die Zurückweisung wurde mit Applaus begrüßt, und als sich herausstellte, daß mit Ausnahme Frankreichs und Hollands alle Nationalitäten, die Zulassung der "Unabhängigen" bezw. Anarchisten ablehnt hätten, erhob sich donnernder Beifallssturm.

Bebel beantragt nunmehr den Ausfall der morgigen Sitzung, damit die für die einzelnen Punkte der Tagesordnung von den Nationen bestimmten Kommissionen zusammenentreten, über ihre Stellungnahme sich berathen und die beim Kongress vorzulegenden Resolutionen ausarbeiten könnten. Erst wenn diese unerlässlichen Vorarbeiten gethan, sei ein ordnungsmäßiges Arbeiten möglich. Der Kongress stimmt dem zu. Dann erfolgt der Schluß.

Im Laufe des Nachmittags war auch eine Zuschrift Lawrossi's für die russischen revolutionären Sozialisten der Narodnaja Wola zur Verlehung gelangt. Sie bedauern, nicht vertreten sein zu können, senden aber die herzlichsten Glückwünsche und drücken den Wunsch aus, daß der Kongres sich auch mit der Agrarfrage beschäftige, da die Lage der Landarbeiter in Russland eine geradezu schaudhaft unmenschliche sei. Doch blicken sie mit Hoffnung in die Zukunft; die Ideen des revolutionären Sozialismus gewinnen immer weitere Verbreitung, so daß die formelle Bildung einer Sozialistischen Partei auch in Russland nahe bevorstehe. Darauf nahm Plechanow das Wort, um unter grohem Beifall die Erklärung abzugeben, daß diese Zeit bereits erfüllt sei, er habe ein Mandat aus St. Petersburg erhalten von dem dortigen Arbeiterverein "Emancipation der Arbeit", der zwar geheim, aber nicht anarchistisch sei. Gehembündel und Anarchisten seien nicht gleichbedeutend; im Gegenteil, die russischen Revolutionäre stehen auf dem Boden des demokratischen Sozialismus, und der Anarchismus habe in Russland gar keine Zukunft.

Sechste Sitzung.

Mittwoch Nachmittags 3 Uhr.

Den Vorwurf übernimmt Hodge, Vertreter des Parlamentarischen Komitees und Präsident des vorjährigen Gewerkschaftskongresses. Er habe an jtem Kongress nicht geglaubt, daß er so bald zur Ehre berufen sei, einem internationalen Kongresse zu präsidieren; er werde unparteiisch, aber energisch präsidieren. Wir haben bisher noch wenig gehabt, unsere von unseren Mandanten übertragene Würde zu erfüllen, bisher habe es ihm den Eindruck gemacht, als bestände eine Verschwörung, uns daran zu hindern.

Nacll Anträge sind eingelaufen: die Redezeit auf 10 Minuten für Referenten, 5 Minuten für die Debattierredner festzusetzen; jeder Redner soll nur einmal das Wort erhalten.

Der zweite Antrag fordert: für jeden Gegenstand der Tagesordnung soll die Verhandlungszeit auf anderthalb Stunden festgesetzt werden.

Die englische Delegation beschwört diese Anträge mit dem Hinweise darauf, daß wir noch 10 Sitzungen zu verhandeln und dafür nur 18 Stunden zur Verfügung haben.

Beide Anträge werden angenommen.

Cipriani sendet einen Protest gegen die gestrige Beschlusssatzung über den Ausschluß der Anarchisten. Der Kongress geht mit Stillschweigen darüber hinweg.

Der Kongress tritt in den ersten Punkt der Tagesordnung ein:

Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentags.

Berichterstatter ist Haquet, Kantonsrat in Lausanne. Die Kommission habe mit Ausnahme Frankreichs den Antrag der vereinigten Schweizer Organisationen: Grüttiverein, Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei, akzeptiert, dazu ein Amendment der Engländer auf Einberufung einer internationalen Staatenkonferenz. Von den Polen war beantragt, die Bestimmungen außer Wirkung zu setzen für die Arbeiter, die weniger als acht Stunden arbeiten; Holland beantragt Heraussetzung der Arbeitszeit auf 7 bzw. 6 Stunden; die Franzosen beantragen, der Kongress solle den Generalstreik in allen Ländern deklarieren, falls die Re-

gierungen nicht innerhalb eines Jahres der Anforderung befreit, der internationalen Staatenkonferenz entsprochen hätten. Auch die Forderung des Minimallohnes und der Abschaffung der Akkordarbeit wünschten die französischen Delegirten aufgenommen. Zu diese Anträge seien abgelehnt worden und diese er, die Resolution in der von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagenen Form anzunehmen.

Montagnard als Vertreter der Mindestbeamten beantragt Verwerfung, weil den gerechten Wünschen der Minorität nicht Rechnung getragen worden; namentlich sei es die Forderung des Minimallohnes, auf die sie das Hauptgewicht legten; einerseits verhinderte derselbe die Lohnrückerholung der verschiedenen Städte gegeneinander, der Anderer verhinderte dann nicht gezwungen, den höheren Lohnes wegen von Stadt zu Stadt ziehen und damit seinen Kollegen die Preise zu drücken, auf der anderen Seite ermöglichte die Einführung des Minimallohnes zugleich die Durchsetzung einheitlicher Tarife.

Chauffe beantragt Aufnahme der Forderung der Überzeitarbeit, Wahl der Fabrik-Inspektoren durch die Arbeiterorganisationen selber, statt der bisherigen Ernennung durch die Bourgeoisregierungen.

Le Franckel, das bekannte Mitglied der Pariser Kommune, die ihm das Amt eines Arbeitsministers übertragen, beantragt, es möge auch die Forderung aufgenommen werden, daß die Gemeindevertretungen überall da, wo die Majorität die Möglichkeit zur Durchführung habe und seitens der Regierung keine gesetzlichen Hindernisse bestehen, verpflichtet seien, den Achtstundentag für alle einzuführen, wenn sie öffentliche Arbeiten in selbständiger Regie aufführen; wo Gemeindearbeiten an Unternehmer zur Ausführung vergeben werden, sollte die Gemeindevertretung unter den Ausführungsbestimmungen die Verpflichtung der Unternehmer aufnehmen, allen bei solchen Aufträgen beschäftigten Arbeitern den Achtstundentag zu gewähren.

Seitens der französischen Genossen sei zu seinem großen Bedauern vielfach ein gewolltes Mißtrauen gegen die geistigen Proletarier zu Tage getreten. Er meine, der Gedanke des Sozialismus sei so hoch und so erhaben, wie im vorigen Jahrhundert der Gedanke der bürgerlichen Freiheit. Und wie damals die Vertreter des Bürgerthums Hand in Hand gegangen seien mit allen Feinden des Feudalismus, auch wenn sie aus dem Adel des Adels hervorgegangen, er verweise nur auf Marquis Ultrabeau, bessere glänzende, bedeutende Gedanken habe die wirksamste Waffe in diesem Kriegskampfe gewesen, so müssen auch wir heute mit allen Freien Hand in Hand gehen, die aus den Reihen der Bourgeoisie zu uns kommen, um mit uns zu kämpfen gegen den Kapitalismus. Und warum auch diese geistigen Proletarier zurückweisen, wo die selben fast durchgängig in noch viel elenderer Lebenslage sich befinden als die Handarbeiter. Er selbst wisse das am besten; ihm könne man nicht den Vorwurf machen, daß er als geistiger Proletarier einseitig eigene Interessen vertrete; er sei selber Handarbeiter (Goldschmid) gewesen, und wenn er heute Geistesproletarier sei, so könne er offen sagen, daß seine soziale Situation besser gewesen als Handarbeiter, denn als Geistesproletarier.

Coda, franz. Schweizer, wünscht, daß die Fragen des Achtstundentages und Minimallohnes zusammengefaßt werden, sonst würde die Arbeiterbewegung um 100 Jahre zurückgeworfen werden. Die Kapitalisten würden den Achtstundentag wegen der Überproduktion gerne bewilligen, aber gleichzeitig die Löhne fürchten, wenn nicht ein gesetzlicher Minimallohn dies verhinderte. Wie die Beamten ein festes Gehaltminimum bezeichnen, müßten auch die Arbeiter diese Garantie haben.

Die australischen Arbeiter hätten seiner Zeit den Achtstundentag nicht angenommen, wenn sie auf der anderen Seite hätten müssen sich Lohnreduktionen gefallen lassen. Die Zahl der Arbeitslosen würde durch den Achtstundentag nicht abnehmen, sondern die industrielle Beschäftigung immer mehr ansteigen.

Grillenberger gibt angesichts der knappen Uebersetzung der Fauchet'schen Darlegungen eine eingehendere Schilderung der Kommissionsverhandlungen. Man habe die Schweizer Resolution, die in ihrer sorgfältigen Ausarbeitung ein ganzes Referat erfordere, annehmen müssen, um eine Einigung zu erzielen. Sie sei aber auch eine sehr dankenswerte Arbeit. Der englische Buzac betreffend Einberufung einer Staatenkonferenz sei akzeptirt worden, obwohl die Deutschen nach den Erfahrungen der letzten Berliner Arbeiterschutz-Konferenz nicht dazu erwünscht hätten, abermals eine solche zu fordern. Aber dem gegenüber hätten die Engländer darauf hingewiesen, daß in England gerade in Folge jener Konferenz ganz wichtige gesetzliche Regelungen, besonders bezüglich der Beschränkung der Kinderarbeit, stattgefunden hätten. Die Deutschen hätten lieber auf den letzten Absatz der bekannten Fauchet'schen

Resolution zurückgegriffen, wonach die Proletarier aller Länder aufgefordert werden, in dem Sinne der internationalen Vereinbarung auf die Regelungen einzutreten. Die Holländer hätten beantragt, die Achtstundenförderung nicht zu einseitig, zu positiv zu betonen; es würden sich bald die Hoffnungen, die heute über deren Wirkungen vielfach vorhanden seien, als Illusion erweisen, und dann wäre es gut, wenn man sofort auf den siebenstündigen oder sechsstündigen zurückgreifen könnte. Die Deutscherreicher hätten gleichzeitig auch die Art der Maßnahmen regeln wollen. Aber — (Der Redner muss abbrechen, da die 5 Minuten verflossen.)

Ehn (England) wendet sich gegen die Anträge der Minorität, weil die behandelte Frage zu viel Zeit beanspruchen würde. Erst muss die Achtstundenfrage geregelt werden; unter der englischen Arbeiterklasse gibt es viele, die von der ausschließlichen Wichtigkeit der Lohnfrage durchdrungen sind, daß sie gegen den Parlamentarismus sind, obgleich sie keine Anarchisten sind. Sie glauben auch nicht, daß die Frage der Arbeitszeit etwas mit dem Parlament zu tun habe; deshalb haben unsere Vertreter im Parlament die Regelungen aufzufordern, die Frage der Arbeitszeit international zu regeln. Die englischen Kapitalisten haben die Arbeiter immer auf die längere Arbeitszeit auf dem Kontinent verwiesen; demgegenüber müssen die Arbeiter auf den Weg der internationalen Regelung verwiesen, können die Augen öffnen werben, das Mittel des Parlamentarismus zur Regelung dieser Achtstundenfrage zu benutzen.

Es kommt zur Abstimmung; alle eingebrachten Ämendements werden abgelehnt. Für die Forderung betr. Minimallohn stimmen Amerika, Spanien, Frankreich, Italien, Rumänien, Norwegen; Holland enthielt sich; die anderen dagegen. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution wurde per Aklamation in folgender Form angenommen:

Der Kongress erklärt:

Der Achtstundentag ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitaljoch und die wichtigste Maßregel zur Verbesserung ihrer Lage.

Durch den Achtstundentag wird die Arbeitslosigkeit geringer, die Arbeitsschichtigkeit größer, der Lohn höher und die Kaufsfähigkeit des arbeitenden Volkes stärker.

Durch den Achtstundentag wird das vom Kapitalismus gestörte Familienleben gehoben und eine bessere Fürsorge für die Kinder ermöglicht.

Durch den Achtstundentag steigt die Gesundheit, Kraft, Intelligenz und Sittlichkeit des Volkes.

Durch den Achtstundentag gewinnt die Arbeiterklasse Zeit zu gewerkschaftlicher und politischer Organisation und Tätigkeit; die politischen Rechte und Freiheiten können erst dann für die soziale Befreiung des Volkes nutzbar und wirksam werden.

Der Kampf für den Achtstundentag muß in allen Ländern geführt werden, denn nur die internationale gefestigte Durchführung des Achtstundentages sichert seinen Bestand und seine segensreiche Wirklichkeit.

Als Mittel zur internationalen Durchführung des Achtstundentages empfiehlt der Kongress:

die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse auf nationaler und internationaler Grundlage und die Agitation und Propaganda für den Achtstundentag durch diese Organisation.

Die Agitation für den Achtstundentag soll betrieben werden durch Flugschriften, durch Vorträge, durch die sozialistische Presse, durch Demonstrationen, in Versammlungen und in den politischen Körperschaften, in Parlamenten, Staats- und Gemeindebehörden aller Art. In der sozialistischen Presse sind unter einer stehenden Rubrik „Achtstundentag“ alle Thatsachen und Bestrebungen für denselben zu verzeichnen und in den politischen Körperschaften sollen die Vertreter der Arbeiter von Zeit zu Zeit Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen, besonders für die von Staat und Gemeinden beschäftigten Arbeiter.

Die sozialistischen Vertreter der nationalen Parlamente sollen sich über ein gemeinsames Vorgehen zur internationalen Einführung des Achtstundentages durch die Ergebung verständigen und die Regierungen aller Industrie-Länder zu einer internationalen Konferenz veranlassen.

Die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter hat den außerpolitischen, freien Kampf mit dem Unternehmertum für den Achtstundentag zu führen, um dadurch der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages für die ganze Arbeiterklasse den Weg zu bereiten.“

Die italienische Delegation gibt zu Protokoll, sie habe einstimmig gegen die Schweizer Resolution gestimmt, weil sie in Verbindung gebracht worden sei mit dem englischen Antrage.

Da die Massener-Kommission und ebenso die betr. der politischen Taktik der Sozialdemokratie ihre Resolutionen noch nicht verabschiedet haben, gelangt zur Verhandlung Punkt 4 der Tagesordnung:

Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfalle.

Berichterstatter ist Plechanow, dessen Rede von Bleibrecht in's Deutsche übertragen wird. Die Kommission hatte zwei Anträge zu erledigen: den der Holländer, der folgendermaßen lautet:

Der Kongress beschließt, die internationale Arbeiterpartei einzuladen, sich bereit zu halten, um unverzüglich auf eine Kriegserklärung durch die Regierung mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu antworten, sobald da, wo die Arbeiter einen Einfluss auf den Krieg ausüben können und in den fraglichen Ländern die Kriegserklärung zu beantworten mit einer militärischen Dienstverweigerung.“

Dem stand folgender Antrag der Deutschen gegenüber:

Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluss des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gefüllen der herrschenden Klasse entgegentreten, daß Band der Solidarität nur die Arbeiter aller Länder immer fester zuschließen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, ber die Menschheit in zwei feindliche Heerläger getheilt und die Völker gegeneinander hegt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltkrieg.“

Im Laufe der Diskussion hat Bonnier (Frankreich) den Antrag gestellt, die ganze Frage durch den Beschluss des Brüsseler Kongresses für erledigt zu erachten; Smith (England) stellte ein Zusatzamendement, die Arbeiter sollten überall darauf hinwirken, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verstetigen, die freundschaftlichen Verhältnisse zu steigern, und durch diese internationale Verbrüderung die Kriege einfach unmöglich zu machen.

Nach längerer Beratung sei beschlossen worden, an der deutschen Resolution festzuhalten; sie schließe jeden chauvinistischen Gedanken aus und gewähre jeder Nation doch auch gleichzeitig die Möglichkeit, in dem Rahmen für die Beseitigung des Krieges zu arbeiten, der ihr durch ihre heimathlichen Verhältnisse gegeben ist. Man müsse eben daran festhalten, daß die Wurzeln des Krieges in der kapitalistischen Wirtschaftswelt begründet seien, wenn der Kapitalismus abgeschafft sein wird, dann fällt auch von selbst der Krieg. — Es war in der Kommission der Vorschlag gemacht worden, den Holländern eine gewisse Konzession insoweit zu machen, als ihnen im Falle eines Krieges das Recht einer Sonderstellung, entsprechend ihrem Antrage, eingeräumt werden sollte. Es wurde jedoch auch dieser Antrag verworfen und schließlich die deutsche Resolution mit allen gegen drei Stimmen unverändert angenommen. Die Gründe, welche zur Verwerfung der holländischen Resolution führten sind folgende: Ein allgemeiner Streik ist nicht durchführbar auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, denn das Proletariat besitzt eben die Mittel dazu nicht. Waren wir andererseits in der Lage, einen Generalstreik durchzuführen, dann wäre die ökonomische Macht bereits in den Händen des Proletariats und dann wäre der Generalstreik eine lächerliche Plattheit.

Was die Frage des Militärstreiks anbetrifft, so kann ein solcher Gedanke nur in einem Lande auftauchen, der nicht so in dem Militarismus aufgeht wie dies beispielsweise bei Frankreich und Deutschland der Fall ist. In diesen beiden Ländern ist ein Militärstreik ein Unding, er würde nur dazu führen, mit einem einzigen Schlag alle Manifestanten zu vernichten, aber auch in anderer Hinsicht würde der Militärstreik das Gegenteil von dem bewirken, was beabsichtigt worden war. Der Militärstreik würde gerade in erster Linie die Kulturmöglichkeiten entwaffnen und würde Westeuropa den russischen Kosaken preisgeben. Der russische Imperialismus würde „unsere“ ganze Kultur hinwegschmeißen und anstatt der Freiheit des Proletariates, für welche der Militärstreik ein glänzendes Beispiel sein sollte, würde die russische Kneute herrschen. So würde der anscheinend so revolutionäre Antrag Hollands in ein realitätsloses Gegenthell umschlagen.

Der deutsche Antrag dagegen zeichnet allen Völkern scharf ihre Verhaltensweise vor und ist gleichzeitig weit davon entfernt, den vagen Utopismus zu athmen, wie die holländische Resolution.

Wahrhaft revolutionär ist nur die deutsche Resolution. Die deutsche Resolution muß im Interesse der Freiheit, der Befreiung und des revolutionären Proletariates angenommen werden. (Großer, lärmischer Beifall.)

* * *

Siebente Sitzung.

Donnerstag Vormittag 9 Uhr.

Den Vorsitz übernimmt Schmidt (Österreich, Schlesien) mit einer kurzen Ansprache, worin er den Dank der österreichischen Delegation ausspricht und die Erklärung abgibt, daß die österreichischen Arbeiter mit aller Kraft für die Durchführung der hier gesetzten Beschlüsse eintreten werden.

Für die Schweizer Delegation gibt Gen. Greulich folgende Erklärung ab:

Wir lesen in Nr. 186 der „Zürcher Post“, einem Blatte, das sonst gewissenhaft berichtet, über die Versammlung der Unabhängigen folgende Stelle: „Gilles sucht den Kongressbeschluß und hauptsächlich Frau Bettlin lächerlich zu machen.“ Frau Bettlin ist uns durch ihre Hingabe für die Organisation der Arbeiterinnen bekannt. Sie ist unser wertiger Gast, den wir nicht belästigen lassen. Wir sprechen viele Zeichen der Freiheit und die Freiheit ist eine Waffe, die wir nicht verwerfen möchten. (Großer Beifall.)

Frau Bettlin dankt den schweizer Geistlichen von ganzem Herzen, erklärt aber, ein politischer Charakter wie Gilles könne sie nicht beleidigen, eine Beschimpfung aus dem Munde Gilles röhrt sie so wenig als wenn ein Mops den Mund anbelle. (Großer Beifall.)

Gilles protestiert gegen die Verlesung dieser Erklärung und dagegen, daß Frau Bettlin das Wort erhalten, ehe er sich darüber ausgelassen. Der Bericht der „Zürcher Post“ sei falsch und er habe bereits eine Erklärung auf der Redaktion abgegeben.

Greulich erklärt, wenn nicht Zeugen vorhanden gewesen, würde die schweizerische Delegation die Sache gar nicht vorgebracht haben.

Die Angelegenheit wird dem Bureau zur Erledigung überwiesen und in die Debatte der Kriegsfrage eingetreten.

Nieuwenhuis erhebt und erhält gehörige Minuten Rederecht; spricht aber 20 Minuten. Man habe ihn einen Verschwörer, einen Realionär gescholten; der internationale Kongress 1868 zu Brüssel habe einen gleichen Antrag einstimmig angenommen, er befindet sich also in guter Gesellschaft. Die deutsche Resolution sei allgemein, Niemand im Kongress sei dagegen; die Allgemeinheit sei aber ihr Fehler, denn für nichtsagende Revolutionen könne jeder stimmen. Die holländische Resolution sei die bessere, denn sie gebe ein Mittel zur Ausführung des Beschlusses, ob das Mittel gut, darüber könne man streiten, aber die deutsche Resolution von Brüssel verlange, daß man protestiere, protestiere, protestiere; das sei leere Phrase, weil die Regierungen ihre Gewalt doch nicht niedergelegt. — Chauvinistische Strömungen seien überall vorhanden, auch unter den Sozialisten. Bebel z. B. habe zum Kriege gegen den Feind Russland aufgefordert, gehe er gegen den Feind Russland, so werden damit alle Missthaten der Bourgeoisie wie mit einem Schwamm hinweggewischt. Er möchte Bebel an das bekannte Wort Heine's erinnern: Die Deutschen hätten nichts zu rüsten, höchstens ein bisschen mehr Knute, aber dann trostet er sich, daß jetzt wenigstens auch seine Freunde mitgenutzt werden. (Bebel: das ist lange her!) Vielleicht würde aber Heine noch heute so schreiben. Diesen Vangemach mit Russland, dem auch Plechanow Ausdruck gab, sei wie wenn man kleine Kinder mit dem Wauwau schreckt. Wenn Bebel die russische Nation (Widerspruch) als den Hort der Grausamkeit und Kulturfeindschaft hinstelle, so könne Frankreich ebenso gegen Deutschland diesen Vorwurf erheben, denn Frankreich sei eine Republik. Wo soll aber das Ende sein, wenn die Sozialisten gegen andere Nationen solche Vorwürfe erheben? — Als Plechanow gesprochen, habe er einen Augenblick das Gefühl gehabt, als ob Bismarck zu unserem Kongress spreche. Wenn in Deutschland Flugblätter verbreitet werden, daß die Kosaken kommen, so müsse er fragen, ob denn diese Invasion am Ende so ein großes Unglück wäre. Griechenland, Rom seien durch Invasionen der Barbaren zerstört worden, die Kultur sei aber nicht vernichtet worden, und unsere heutige Babilonisation sei erst am Anfang ihrer Entwicklung und verdarke sich nur der Ansehung dieser alten Kultur. Mit dieser seltener Reichstagrede habe Bebel dem Militarismus die Hand gereicht, und mit der Parole: „dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen“ gebrochen. (Bebel: Bis heute haben wir diesen Standpunkt unverbrüchlich festgehalten.) Man ist zum Standpunkt der Volkspartei herabgesunken. Ich sage das nicht aus Antipathie gegen Deutschland. (Bebel: Aus reinem Liebe.) Auch die sozialistischen Abgeordneten im französischen Parlamente haben dort nicht ein einziges Mal protestiert gegen den Militarismus.

Die eigentliche Kraft des Militarismus liegt nicht in dem stehenden Heere, sondern in der Reserve. Der Reservemann sei ein Stück Bürgersoldat — u. die Mobilisierung dieser Reserve zu verhindern, das sei unsere

eigentliche Aufgabe. Nun habe man gesagt, die Verweigerung des Militärdienstes sei unmöglich, die Leute würden progressiv, fassilität. Man stelle sich die Sache vor: jedes Dorf hat 5—10 Reservisten, wenn diese sich weigern, wer soll sie verfolgen? Die Polizei? Die Bürger? Die Folge der Verweigerung ist allerdings der Bürgerkrieg, aber der Bürgerkrieg ist dem Kriege der Nationen vorzugieben, der Bürgerkrieg wird weitestgehend gegen den wahrhaften Feind, den Kapitalismus, geführt.

Wir haben hier gleichzeitig einen Kongress der Eisenbahngestellten; diese haben es in der Hand, durch einfache Arbeitsbeschaffung jeden Krieg unmöglich zu machen, und wenn wir auch noch die Frauen gewinnen, dann ist es Zeit mit der Phrase zu brechen und praktische Arbeit zu verrichten. Und es sprechen viele Leute der Zeit für unsere Resolution. Die Meutereien der Armeen in England, Belgien, Italien. Die Revolution 1871 auf dem Montmartre, dieser Militärstreit, wo die Soldaten mit „Salven hoch“ den Dienst verweigerten, war nur ein spontaner Streit — wie mögliche erste der von uns vorgeschlagene organisierte Streit wirken. Nehmen Sie unseren Antrag einstimmig an, dann werden Sie sehen, wie die Freiheit auf ihren Thronen sitzen und sich zweimal bestimmen, ehe sie Kriege anfangen. (Vereinzelter Beifall.)

Es wird beschlossen, daß jede Nation zu dieser Debatte nur einen Redner stellen soll.

Mendelsohn (Polen): Nieuwenhuis hat den Deutschen Chauvinismus vorgeworfen; ein solcher Vorwurf kann nur bei offener Bekennung der politischen Lage Europas eingetragen werden. Holland ist in ihrer Weise, abgetrennter Lage, nur so lädt sich der holländische Internationalismus verstehen, der nicht in Einklang zu bringen mit dem sozialistischen, revolutionären Internationalismus. Nieuwenhuis hat Bebel's Rede den Vorwurf des Chauvinismus gemacht. Und diese angebliche Chauvinistische Rede hat unter der polnischen Bevölkerung geradezu als Ansporn des sozialistischen Gedankens gewirkt, und den alten revolutionären, historischen Sinn der Bevölkerung wieder erweckt. Das also ist der Eindruck des Bebel'schen Chauvinismus in einem Lande, das keine besonderen Sympathien für das Deutsche Reich hat. Die Polen haben in der Kommission den Antrag auf Übertragung zur Tagesordnung gestellt, weil der Brüsseler Beschluss deutlich, und wir endlich einen Eindruck wieder mit dem System, diese Dinge immer wieder an jedem Kongress zu bringen. Wir unterdrücken Polen hoffen und arbeiten auf die Wiederherstellung Polens, wir sind aber von kleinen chauvinistischen Gedanken dabei geleitet, sondern erstreben diese Wiederherstellung, um im sozialistischen Sinn am Leben der Völker Theil nehmen zu können.

Balkat (Ungarn): Der holländische Antrag lädt sich nicht durchführen, deshalb sind wir dagegen. In Ungarn, wo man so viel mit der Freiheit „herumplantiert“, wird das Militär verwandt, streitende Arbeiter wie Böttcher niedergeschlagen. Bei jeder Gelegenheit treten wir dem Militarismus gegenüber. Über noch sind wir ohnmächtig, weil wir noch im Beginn unserer Organisation stehen. Nicht einmal aussprechen läßt sich bei uns der holländische Standpunkt. Ungarn ist ein Europa im Kleinen. Acht Nationen (Ungarn, Kroaten, Rumänen u. s. w.) sind in ihm vereint. Die herrschenden Klassen spielen die Nationalitäten gegeneinander aus und suchen sie zu verhegen. Dem ungarischen Proletariat steht noch der Chauvinismus im Herzen. Wir werden ihn überwinden auf dem Wege, den uns der deutsche Antrag zeigt, denn wir aus voller Überzeugung bestimmen. (Beifall.)

Bleibrecht: Ich will das Thema nicht auf das persönliche Gebiet herabzerren, wie es begonnen worden; aber ich habe doch einen Vorwurf zurückzuweisen, der gegen die deutsche sozialdemokratische Partei erhoben worden ist. Die Rede Bebel's im Reichstag soll chauvinistisch angekränkt gewesen sein. Wollte ich den Vorwurf des Chauvinismus aufzugeben, so hätten wir mehr Grund, diesen Chauvinismus beim Redner zum Vorwurf zu machen. Die deutsche Sozialdemokratie ist dem Standpunkt treu geblieben, den sie von Anfang an eingenommen hat; und wer da sagt, sie sei auch nur um eines Haars Breite davon abgewichen, der spricht die Unwahrheit. Man hat die französische Genossen gegen die deutsche Sozialdemokratie aufzuhören versucht; er wolle daran erinnern, daß die deutsche Sozialdemokratie seit 1871 immer gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestiert, sie als einen politischen Fehler, als ein politisches Verbrechen gebrandmarkt hat, und erst in neuester Zeit haben wir diese Anklage wiederholt. Und wir haben das getan nicht unter dem Schutz der Eindeutigkeit, sondern wir haben diesen Protest erhoben gegen die ganze Militärmacht, gegen die ganze Nation und die Folger getragen. (Großer Beifall.) Nieuwenhuis sagt, wir hätten auch den Standpunkt aufgegeben, dem Militarismus keinen Mann und keinen

Groschen zu bewilligen. Auch das ist eine Unwahrheit. Seit ihrem Bestehen hat die deutsche Sozialdemokratie nicht einen Mann, nicht einen Groschen bewilligt. Gegen jede Militärvorlage haben wir protestiert und gesiegt. Über wir haben uns nicht mit den blinden Protesten begnügt, wir haben auch im Volle mit allen unseren Kräften agitiert. Und wenn jüngst die Frage des Vorbestehens des Militarismus zur Wahlparole gemacht wurde, wenn jetzt die Mehrheit des deutschen Volkes sich gegen den Militarismus erklärt hat, so daß das nur der sozialdemokratischen Agitation zu danken. (Brausender Beifall.) Und nicht sicher und weit vom Schuh, im sietem Kampf mit der Regierung und Polizei haben wir diesen Kampf seit Jahren geführt, und die Partei hat ihn bezahlt mit mehr als tausend Jahren Gefängnis. Wir deutsche Sozialisten haben nicht nötig, Phrasen zu machen, unser Handeln spricht für uns und wir halten es unter unserer Würde, uns weiter gegen solche Vorwürfe zu verteidigen. (Sturmischer Handklopfen.)

Und nun zum sachlichen Theil. Ich will nicht wiederholen was ich bereits gestern bei Übertragung der Plechanow'schen Ausschüttungen dargelegt habe. Zwei Anträge liegen vor; der Holländer und unserer. Nieuwenhuis sagt, der deutsche Antrag sei eine Phrase; die holländische Resolution, auch in ihrer verwässerten Form, ist weit mehr eine Phrase. Bereits der ungarische Delegirte hat erklärt, er würde für den Antrag der Holländer stimmen, wenn er ausführbar wäre. Er ist nicht bloß unausführbar, er ist ein bloßer frommer Wunsch. Von der Ferne aus läßt sich folch ein Antrag leicht begreifen; Holland hat keinen Militarismus, anders ist die Sache in Deutschland mit seinem Militarismus. Wenn der Militärstreit und der wirtschaftliche Streik mehr wären als ein frommer Wunsch, wenn die sozialdemokratische Partei in Europa und in der ganzen Welt die Mächtigkeit besäße, diese Streiks durchzuführen, dann würden in Europa Zustände herrschen, die jeden Krieg unmöglich machen. Soweit sind wir noch nicht. Viel Schweiz ist schon geschlossen, mancher ist gefallen, aber wir sind noch lange nicht am Ziel, die schwere Aufgabe steht uns noch bevor. Mögten nun wir die Soldaten zur Desertion, zur Dienstverweigerung auffordern, so würden wir dem Moloch Militarismus neue Opfer liefern und ihm Gelegenheit geben, die sozialistische Bewegung mit eiserner Faust niederzudrücken. Gewiß ist es unsere Aufgabe, den Moloch zu stürzen, wir müssen dahin arbeiten, daß sein eiserner Arm gelähmt wird durch den Geist des Sozialismus; das verhindern wir nicht kündige Resolutionen, das verhindern wir nur durch unermüdliche Propaganda im Volk. Wir müssen bahn arbeiten, daß die Massen von den sozialistischen Ideen durchdringen werden, daß die Leute schon als Sozialisten in die Kassen kommen. Das ist das einzige Mittel zum Ziele kommen. Und wir sind auf dem besten Wege dazu. Wie sein Vater, der Kapitalismus, muß sich auch der Militarismus immer weiter ausdehnen, immer weitere Kreise heranziehen, immer mehr sozialistische Rekruten sich einverleben und so auf dem Wege der Selbstvernichtung immer weiter schreiten, bis schließlich der Militarismus keine Schutzwehr für den Kapitalismus mehr bildet. Diesen Kampf hat die Sozialdemokratie in Deutschland bisher für Deutschland geführt, sie wird ihn auch so weiter führen bis der Militarismus niedergedrückt, gelöscht ist. (Mauschender Beifall.)

Die Holländer bringen ihren Antrag in folgender Abänderung ein:

"In Erwägung, daß die nationalen Gegensätze keineswegs im Interesse des Proletariats, wohl aber in dem der Unterdrückten desselben sind;

in Erwägung, daß alle modernen Kriege ausschließlich durch die kapitalistische Klasse in deren Interesse hervorgeufen, in deren Hand ein Mittel sind, um die Macht der revolutionären Bewegung zu brechen und die Bourgeoisie durch die Fortdauer der schimpflichsten Ausbeutung zu befestigen;

in Erwägung, daß keine Regierung sich entlastigen kann, provoziert worden zu sein, da der Krieg das Ergebnis des internationalen Willens des Kapitalismus ist — erklärt der internationale sozialistische Arbeiterkongress in Zürich, daß die sozialistischen Arbeiter der in Betracht kommenden Länder eine Kriegserklärung seitens der Regierungen mit der Dienstverweigerung der Militärpflichtigen der Reserve (Militärstreit), durch einen allgemeinen Streik, besonders in all den Industriestädten, welche auf den Krieg Bezug haben, und durch einen Appell an die Frauen, ihre Männer und Söhne zurückzuhalten, beantworten sollen."

Dr. Adler-Bien: Im Namen der österreichischen Delegation habe ich zu erklären, daß wir für den Antrag der Deutschen stimmen werden. Wir sind Gegner des Militarismus ebenso gut, wie die Holländer, wir sind Revolutionäre ebenso wie die Holländer,

und ebenso wie die Holländer haben wir den Wunsch, daß die herrschenden Klassen und die Regierungen wissen, daß hier eine Armee veranlaßt ist zur Befreiung der Welt von der Herrschaft des Kapitalismus. Aber wir überschätzen nicht unsere Kraft und wir unterschätzen nicht die Intelligenz unserer Gegner. Domela Nieuwenhuis meinte, die Regierungen würden glauben, wenn wir die Resolution der Holländer annehmen. Nicht älteren würden sie, sondern uns auslachen. (Lachender Beifall.) Wie freudlich am Fest des Gründungstages sagte: Unsere Sache ist unüberwindlich, so lange wir den festen Boden der Tatsachen nicht verlassen. Seht uns auf in die Luft der Phantasie und wir sind verloren. Vernichten kann uns niemand, nur wir selber. Die Meinung der herrschenden Klassen von uns kommt in zweiter Linie in Betracht, in erster Linie steht uns, was die Proletarier von uns halten. Fassen wir hier Beispiele, von denen wir selber wissen, daß sie unbefriedigbar sind, so stehen sich in unsere Anhänger in zwei Theile. Die Wissenden unter Ihnen sagen: Das war ein leichtsinniger Beschuß, er ist in unseren Militärstaaten unausführbar. Auf die Massen, auf die Enthusiasten, halb noch Unklaren, die in Not und Elend leben, aber noch nicht genau wissen, wie es aus der Welt zu schaffen ist, würde unser Beschuß wie eine Verleitung, wie eine falsche Vorspielung wirken. (Lachender Beifall.) Wir zeigen ihnen einen Weg, der nicht gangbar ist. Wir würden — Domela Nieuwenhuis möge es mir verzeihen — ein Verbrechen verüben an der Masse der Proletarier, weil wir sie glauben machen wollen, der Weg, den die Resolution der Holländer weist, lasse sich mit Erfolg betreten. Wenn wir als sozialistischer Kongreß uns als eine Gesellschaft von Leuten konstituieren, die nur frame Wünsche aussprechen, dann wird man fernerhin weder in Europa, soweit es herrscht, noch in Europa, soweit es unterdrückt ist, irgendwelchen Werth auf unsere Verhandlungen legen. (Lachender Beifall.) Nicht Nachschläge wollen wir geben, die wir selber nicht befolgen würden. Es ist ja leicht, solche Vorschläge zu machen, wenn man in keinem Militärstaat lebt, wie die Holländer. Es würde mich auch nicht wundern, wenn die Schweizer für die holländische Resolution eintreten würden, aber das sind zu vernünftige Leute dazu. (Große Lacherkeit.) Domela Nieuwenhuis hat uns Chauvinismus vorgesetzten den Russen gegenüber. Nun, wenn wir Russland nicht den Weg öffnen wollen, der über die Belagerung der polnischen Märtyrer führt, wenn wir ihm nicht das halbe sozialistische Gut, australien wollen, so weiß ein jeder, daß wir nicht das russische Volk unter Russland verstehen, das Volk, das dem internationalen Sozialismus manches zu danken hat, sondern den Capitalismus. Und in jedem Lande — auch bei uns in Österreich — haben wir Capitalismus genug. Wir wollen dem Capitalismus die Wege nicht ebnen, und Holland wird mit seinem Capitalismus isolirt bleiben. Wenn wir, die wir im Mittelpunkt der europäischen Politik und auf dem Schlachtfeld, wo der Kampf zwischen Ausgebeuteten und Unterdrückern zur Entscheidung gelangen wird, stehen, wenn wir die russische Barbarei bekämpfen, so meinen wir damit den blutbefleckten Capitalismus! (Lachender Beifall.) Dr. Nieuwenhuis ruft: Er spricht wie Caprivi! Dr. Adler: Es freut mich, wenn Caprivi so spricht (Sturmische Heiterkeit.) Mögen Sie (zu den Holländern gewendet) uns als die schlechteren Revolutionäre ansehen, wenn es Zeit ist, wenn die Entscheidung kommt, wird es sich finden, wo die sind, die zu handeln wissen und nichts zu handeln gewußt haben, und wo die sind, die zu reden wissen und zu reden gewußt haben. (Langer, lebhafter Beifall.)

Johannsen erklärt Namens der Norweger kurz, daß sie für die holländische Resolution stimmen würden, die sie für ausführbar halten. Sowar würde sie Blüverbrieven bringen, aber geringeres als ein Krieg. Schlüß der Vormittagssitzung. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Former.

Magdeburg. Schöne Dinge hat man bis jetzt von den Fabrikanten in Bezug auf die Arbeiter von hier nicht vernommen. Auch jetzt haben dieselben ihre Humanität so recht bewiesen durch ihr Vorgehen gegen die Former der Förster'schen Firma. In dieser Fabrik hatten die Former den ganzen Sommer in der Zeit der Prosperität im guten Einvernehmen mit Herrn Förster gelebt, denn sie hatten sich nicht gesträubt, abends bis 8 und 9 Uhr zu arbeiten, auch wohl Morgens um 5 Uhr anzuspringen. Der Sonntag wurde auch in Anspruch genommen zum Ausleeren. Nur ein anderes Bild. Magdeburg hat auch ein Schützenfest. Zu diesem Feste dachten die Former sich einen halben Tag frei zu machen, weniger des Festes wegen, vielmehr aus dem natürlichen Triebe, sich mal auch an der Freiheit zu

laben. Sie wandten nun eine faule Ausrede an, um frei zu kommen: ein Begegnungs eines Kollegen, ein Verfahren das den Arbeitern in Folge der Tendenz des fluktuierenden Kapitals ganz natürlich verbracht wird, das aber nicht entschuldigt werden kann. Nur hatten sie vergessen, daß die technischen Fortschritte in der Elektrizität von der Firma Förster auch in der Praxis benutzt werden. Sie erkundigte sich nach der Echtheit dieses angegebenen Grundes durch Telefon. Um anderen Morgen wurde den Formern mit elutigen Ausnahmen, die nicht sehr ähnlich für die Benutzer sind, der Eintritt in die Fabrik verwehrt. Der Grund war aber eigentlich der, daß man mal andere Leute haben wollte, denen man mehr und besser abholen machen kann. Den alten Leuten, die bis zu 10 Jahren da beschäftigt waren, konnte man es nicht so bieten. Es ist hier aber den Leuten der Vorwurf zu machen, daß ihre Betheiligung an der praktischen Mitarbeit in der Arbeiterbewegung sehr schwach, mitunter sogar das Gegenteil der Fall war. Nun kommt aber das schönste Bild. Die Formen denken: sollen wir hier nicht weiter arbeiten, gut, bei anderen Leuten wird auch noch Brod gebauten. Ja das wohl, aber nur nicht für die Formen, die bei Förster ausgesperrt wurden. Die Formen müssten beim Umschauen nach Arbeit erfahren, daß die Formen, welche bei Förster ausgesperrt, keine Arbeit erhalten können. Auf Grund dessen nahmen wir an, daß die Herren Fabrikanten ihre humane Einrichtung, "Schwarzer Listen" benennen. Einer Kommission, von einer öffentlichen Formerversammlung entnommen, erklärte der Herr Förster ganz "harmlos", daß die Fabrikanten ihren Verband nicht zum Vergnügen hätten, er könne nichts machen, denn es sei in den Statuten des Verbandes gesagt: der zahlt eine Konventionalstrafe, wer einen ausgesperrten Arbeiter einstellt. Aber "human" muß man als Fabrikant einmal sein, dachte Herr Förster. So meinte er denn auch, die Arbeiter sollten, jeder für sich, schriftlich beim Vorstand des Verbandes bitten um Streichung und er sollte auch sein Möglichstes thun, um den Arbeitern wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen. Gibt es noch eine größere Heuchelei? Nun, die Formen wissen, wie sie sich zu verhalten haben, damit sie nicht in Verlegenheit kommen, dieser wohltätigen Einrichtung "Schwarzer Listen" anheim zu fallen; sie müssen Magdeburg meiden, speziell die Firma Förster, denn den Formern wurde nicht nur hier Arbeit verweigert, sondern auch auswärts. Also, Formen, meiden Magdeburg!

Metall-Arbeiter.

Aachen. Am 29. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Bevölkerung erstattete einen Geschäftsbericht seit der Gründung der Verwaltungsstelle (1892). Seit dieser Zeit traten Mitglieder ein: im Okt. 82, Nov.-Dec. 32 Jan.-Febr. 3, März-April 24, Mai-Juni 20, insgesamt 161. In derselben Zeit traten 27 aus, bleibt bestand am 1. Juli 134 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 141 Eintrittsgelder 42,30, 2895 Marken à 15 1/2 434,25, 60 Marken à 10 3/4 6, 175 Marken à 25 1/2 43,75, vom Nadlerb.-Verb. 36,46, von der Formersektion 29, vom Fastnachtsfest 42,16, 1 früheres Mitglied neu aufgenommen 30 3/4, Summa 634,22. Die Ausgaben betrugen: an 40 Durchreisende 16 78,90, an die Haushalte 326,46, Ortsausgabe 143,37, Sa. 50,73. Within Kassenbestand am 1. Juli 16 84,49. In Betreff der Agitation wurden seit Gründung 16 Versammlungen abgehalten, davon 2 öffentliche. Nach Ablegung des Geschäftsberichts wurde einstimmig beschlossen, die Versammlungen von jetzt ab jeden Samstag Abends 8 Uhr nach dem 1. und 15. eines jeden Monats abzuhalten. Sodann erinnerte der Bevölkerung alle Anwesenden, thatkräftig für Verbreitung unserer Ziele und für Ausbreitung des Verbands zu agitieren, sowie die Versammlungen zahlreich zu besuchen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Achtung Biengieker! Der Zugang von Biengieckern ist von Dresden fernzuhalten.

Eisen. Der Streik der Schleifer bei dem Ofenfabrikanten Becker, Rhenische Straße 2, dauert fort. Die Forderungen der Arbeiter sind: ein Mindestlohn von 16 3,50 bei elfstündiger Arbeitszeit. Bis jetzt erhielten die Schleifer 16 2,50 pro Tag, nach einer Thätigkeit von 5—6 Jahren 16 2,75, im günstigsten Falle 16 3. Daß bei einem solchen Bohne die Arbeiter kein menschenwürdiges Dasein führen können, liegt klar auf der Hand. Man bezahlt hier pro Woche 16 10,50 für Kost und Logis ausschließlich Wäsche. Hieraus wird man erscheinen, daß selbst ein unberührbarer Arbeiter mit dem Bohne in gewisser Fabrik nicht auskommen kann, viel weniger ein Familienvater, der hier in Eisen für 2 gewöhnliche Zimmer pro Jahr 160—180 16 Miete bezahlen muß, von den schweren Steuern gar nicht zu reden. Es

wird deshalb dringend ersucht, den Zugang sowohl von Schleifern als von Schlossern nach hier fern zu halten.

Görlitz. Ein Blick in die Korrespondenzen unseres Verbandsorgans lehrt uns zur Genüge, daß überall dort, wo der Verband festen Fuß gesetzt hat, die betr. Verwaltungsstellen mehr oder weniger gegen die Machinationen der Unternehmer sind, was noch schlimmer, gegen den Indifferenzkunst der in Frage kommenden Arbeiter anzutun pfen haben. Auch der hiesigen Verwaltungsstelle sind diese Kämpfe seit ihrem ca. 11/2jährigen Bestehen in ganz besonderer Weise zu Theil geworden. Vor Allem der Umstand, daß ein Vorort in dieser 5000 Einwohner zählenden Stadt gar bald die Stunde gewählt hat, trug am meisten dazu bei, der hiesigen Verwaltungsstelle einen derben Stoß zu versetzen. Dieses Verdienst sich erworben zu haben, ist namentlich den Inhabern der Karl Allendorf'schen Maschinenfabrik und Eisenstecherei hierzulst auf's Konto zu setzen. Nachdem ihnen genügend bekannt war, wo die gefährlichen Wähler und Heger" ihr Domizil aufgeschlagen hatten, begann man damit, derselben das "Verlehrte" ihrer Handlungswweise klar zu machen und als dieses nichts half, glaubten die Herren dadurch ihrem Ziele näher zu kommen, daß man den unzufriedenen Elementen die Entlassung gab. Und an Gründen dazu fehlt es den Herren Unternehmern ja niemals. Die Folge hiervon war, daß die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle rapid sank; betrug dieselbe vorher 22, so war sie nachdem bis auf 2 Mitglieder zusammengezogen. Der Grund hierzu lag einerseits darin, daß von dem Zeitpunkte der Wahlregelung ab jede illegale Agitation zunächst fortsetzte, und andererseits darin, daß die noch nicht entlassenen Mitglieder des Verbandes befürchteten, durch ihre fernere Zugehörigkeit zu demselben von dem gleichen Schicksal ereilt zu werden. Natürlich glaubten nun die Herren Allendorf der Verwaltungsstelle den Garanß gemacht zu haben und wählten vielleicht den Urheber mit seinen sieben Söhnen auf der Wandschaft. Aber weit gefehlt. Es gelang dadurch, daß der betreffende Vertrauensmann hierzulst wieder in Stellung treten konnte, wo er seine Wahlregelung zu erwarten hatte, die Verwaltungsstelle des Verbandes am Leben zu erhalten. Und heute, nachdem circa 1 Jahr verflossen, besteht dieselbe immer noch und hat trotzdem und alldem nahezu dieselbe Mitgliederzahl aufzuweisen wie zu der Zeit ihrer Gründung.

Edels a. Rh. Am 1. August hielt die Filiale Köln ihre halbjährige Generalversammlung ab. Nachdem der Schriftführer das Protokoll verlesen hatte, gab der Kassier den Kassenbericht, nach welchem wir folgende Einnahmen hatten: Kassenbestand am 1. Januar 16 108,16, Beitragsgeld für 19 männliche Mitglieder 5,70, 1666 Beiträg 284,90, für 140 Extrasteuermarken à 25 3/4 35, Zuschuß vom Hauptvorstand 200. Summa 175,60. Dabon wurden verausgabt: Kleiderunterstützung an 23 Dreher 16 45,36, 1 Eisenhobler 10,56, 10 Feilenhauer 23,85, 13 Former 18,60, 5 Gelbgießer 6,26, 1 Goldarbeiter 1,60, 6 Gürtler 13,04, 1 Graveur 1,44, 1 Hilfsarbeiter 1,62, 52 Klempner 91,09, 1 Kupferschmied 1,46, 1 Plättler 2,44, 1 Polizei 3, 10 Mechaniker 18,06, 1 Metallgießer 1,60, 1 Metallbrüder 1,44, 9 Maschinenausbau 1,62, 1 Modelltschler 1,94, 82 Schlosser 177,40, 8 Schmiede 9,43, 1 Binnengießer 1. Zu Gauen erhielten 243 Belegschaft eine Unterstützung von 16 480,82. Ferner wurden verausgabt an Unterstützung nach § 2c 16 40 und die 33 1/3% Prozent, welche 16 78,40 ausmachten, für örtliche Ausgaben. Kassenbestand am 30. Juni 16 85,24 und in der Postfalle 16 9,99 Debit. Dem Kassier wurde Decharge ertheilt. Hierauf berichtete der Bibliothekar Folgendes: Kassenbestand am 1. Januar 16 5,17, Kassenbestand am 30. Juli 16 35,45. Es wurden verausgabt 32,95. Bestand am 20. Jani 12,70. Dem Bibliothekar wurde ebenfalls Decharge ertheilt. Nachdem der Schriftführer nur einen Auszug aus dem Protokollbuch verlesen hatte, hieß der Bevölkerung einen kleinen Vortrag über die Tätigkeit der Filiale resp. des Verbands, er stellte in seinen Ausführungen unsere Organisation dem katholischen Gelehrtenverein gegenüber. Hierauf beantragte Kollege Schneider, einen neuen Revisor und ein neues Mitglied in die Bibliothekskommission zu wählen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Als Revisor wurde Kollege Joosten, und in die Bibliothekskommission Kollege Stobuski gewählt. Kollege Unkelbach stellte noch den Antrag, daß bei der städtischen Werke einmal angefragt werde, ob es den Metallarbeitern erlaubt ist, die städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerke zu besichtigen. Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen. Kollege Schneider verpflichtete sich, das Weltere zu besorgen.

Landsberg a. Lech. Nachdem wir nun zur Gründung einer Verwaltungsstelle des D. M.-V. gekommen sind, fand am 13. August die erste öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu dem 1. Punkt der Tagesordnung: Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Or-

ganisation" betonte der Referent Strübe aus Augsburg u. a., daß die Fortschritte des maschinellen Betriebes die Ursache der großen Arbeitslosigkeit sind. Zum Schluß sprach Referent über den Hirsch-Düncker'schen Gewerbeverein, den katholischen Gesellen- und evangelischen Junglingsverein und stellte einen Vergleich zwischen ihnen und dem Metallarbeiterverband an. — Alle Sendungen sind zu richten an Eduard Neitner, Spengler, Leonhardplatz 105.

Pirna. An die Mitglieder des D. M.-V. und alle Metallarbeiter in Pirna und Umgegend. Verschiedene Male haben wir Zahltermine abgehalten und anberaumt. Dieselben können wir aber wegen sehr schwachen Besuchs nicht so zur Aufführung bringen, wie es hätte sein sollen. Man könnte bereits annehmen, daß es den hiesigen Metallarbeiter schon so gut geht, daß sie sich keiner Organisation mehr anschließen brauchen. Aber gerade hier stehen die Verhältnisse nicht so glänzend wie sie gedacht werden. Wir erlauben uns nun einige Beispiele von dem hiesigen Meister-Werk anzuführen. Die Akkordpreise der Bremer sind schon so bedeutend herabgesetzt, daß dieselben kaum auf einen Wochenlohn von 16 M. kommen können. So kam es vor, daß eine Arbeit, welche schon Jahre lang des Sonntags im Tagelohn gemacht wurde, jetzt in Akkord gemacht werden sollte. Da erwirkte man einer der Arbeiter, daß dies zu dem Akkordpreis nicht möglich ist und sie auch wie bisher des Sonntags gemacht werden kann. Daraufhin wurde derselbe entlassen. Waren nun alle seine Kollegen organisiert gewesen, so wäre leichteres verhindert worden, indem sie alle für Einen eingetreten wären. Ein anderer Arbeiter (Planterer) wurde entlassen, weil er zwei Tage während des hier allgemein bekannten Copitzer Vogelschlecks, auf dessen Festwiese er vor seiner Wohnung eine Bierausgabe hatte), nicht zur Arbeit kam, trotzdem er sich bei dem Chef vorher entschuldigte, welcher aber keine Antwort gab. Außerdem ist bei den Frauen, welche früher im Tagelohn einen Wochenbedienst von 7 bis 8 M. hatten, jetzt der Akkord eingeführt, wobei dieselben höchstens auf 6 bis 7 M. kommen. Wenn alle Arbeiter organisiert wären, so würden solche Fälle gar nicht vorkommen. Deshalb Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen, lasst diese Worte nicht umsonst an Euer Ohr schallen, sondern tretet alle ein in die Reihen Eurer kämpfenden Brüder, tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Denn vereinzelt sind wir Nichts, vereint aber Alles! Einigkeit macht stark. (Siehe Vereinsanzeige.)

Schönbeck. Am 6. August fand hier im kleinen Saale des Stadtparks eine seltens der Magdeburger Agitationskommission der Metallarbeiter einberufene Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher Kollege Haak Dresden über die wirtschaftliche Lage und Zweck und Nutzen der Gewerkschaften referierte. Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung, Gründung einer Verwaltungsstelle des D. M.-V., forderten die Kollegen Voß, Gärtner und Haak die Anwesenden auf, einzutreten in den Verband und ihre Zustimmung zur Gründung einer Verwaltungsstelle zu geben. Diese Aufforderung wurde zum Antrag erhoben und wurde derselbe ohne Widerspruch angenommen. Als provisorischer Bevollmächtigter wurde Kollege Schneider bestimmt. Die erste Versammlung der Mitglieder wurde am Sonnabend den 12. August im Lokal des Herrn Göde abgehalten. Die Tagesordnung war: Begründung des Statuts, Konstituierung der Filiale und Wahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. Zum 1. Punkt sprach Kollege Michael-Magdeburg und legte zur Zufriedenheit der Anwesenden die hauptsächlichsten Punkte der Verbandsstatuten klar. Zum 2. Punkt wurde Klempner Emil Schneider als Bevollmächtigter, Schlosser Karl Sandau als Kassier und als Kreisforen Klempner Chr. Schmidt, Schlosser Herm. Biegelmann und Klempner August Schröder gewählt. Als Versammlungsort wurde das Bürgerhaus von Haak (früher Dunge), Breiteweg, bestimmt. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 7. und nach dem 21. im Monat statt. Die Beitragsausgabe erfolgt jeden Sonnabend Punkt 9 Uhr, im Vereinslokal, wo auch die Beiträge zu entrichten sind. Beider haben wir schon bei unserer Gründung die traurige Erfahrung machen müssen, daß verschiedene Kollegen glauben, wenn sie sich dem Verband anschließen, sei ihre Existenz gefährdet. Es ist ja die Thatsache zu konstatiren, daß in verschiedenen Betrieben, voran natürlich die staatlichen Musterbetriebe, die Herren Mäthe und Direktoren glauben, den Arbeitern indirekt und verblümmt das geschicklich gewährte Koalitionsrecht abschneiden zu können. Beider finden sich Leute, um stets "Lieb' Kind" zu sein, welche ihre Mitarbeiter ausschreien und auspassen, in welchen Lokalen sie verkehren, um dann in möglichst schneller Weise ihren Vorgesetzten es zu hinterbringen. Diese Leute haben es in Speichellecke, Kriecherl und Denunziationen

zu beachten, werthen Spezialisten auf diesem Gebiete gebracht. Wir rufen aber den unorganisierten Kollegen zu: Läßt Euch nicht abschrecken, nur durch eine starke kräftige Organisation sind wir im Stande, diesen unhaltbaren, auch hausmöglichen Zuständen ein Ende zu bereiten. Darum auf, Kollegen, tretet ein in den Verband. Ihr seid es Euch und Euren Kindern schuldig. Überlegt: Vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir jedoch Alles! Alle Bushrisse sind zu richten an Emil Schneider, Klempner, Schönebeck, Breiteweg 62.

Stettin. Am 8. August hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Zum 1. Punkt erhielt Kollege Kunze das Wort zu seinem Vortrage über "Volksinkommen und Lebenshaltung", der sehr befällig aufgenommen wurde. Dann verlas der Kassier den Kassenbericht für Mai-Juni. Es ergab sich für die Verbandskasse eine Einnahme von M. 349,68, eine Ausgabe von 229,89, bleibt Bestand 120,29. Lokalkassen-Einnahme 195,02, Ausgabe 112,14, bleibt Bestand 82,88. Die Abrechnung vom letzten Vergangenheit ergab eine Einnahme von 193,60, Ausgabe 161,70, bleibt Bestand 31,90. Dieser Betrag wurde dem Fonds überwiesen. Beide Abrechnungen wurden für richtig befunden und dem Kassier sowohl wie dem Komitee Decharge ertheilt.

Übingen. Am 12. August hielt die hiesige Ortsverwaltung eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Als die anwesenden Mitglieder ihre Beiträge entrichtet hatten und sich zwei neue Mitglieder hätten aufnehmen lassen, wurde für den 2. und 8. Punkt, die vertagt werden mußten, die "Nächstenliebe des Herrn Glaschonermeisters Bunker" eingeschoben. Ein Verbandsmitglied wurde von Herrn Bunker geschlagen, was zu einer heftigen Debatte Anlaß gab. Es wurde von allen Kollegen beschlossen, einen Artikel hierüber in der "Metallarbeiter-Zeitung" zu bringen, damit Herr Bunker nicht glaubt, die hiesige Ortsverwaltung sei eingeschlafen. Zum Schlus erstatete Kollege Röder Bericht über die Bibliothek und es wurde beschlossen, dieselbe zu vermehren.

Wurzbach. Zu der letzten Mitgliederversammlung des D. M.-V. wurde, da Schneider seinen Posten niedergelegt, Weißer als Bevollmächtigter gewählt. Kaufmann erstattete Bericht vom Gewerkschaftskartell. Preisch wurde als Gewerkschaftsbelehrter gewählt. Die Abrechnung von Mai-Juni ergab eine Einnahme von M. 101,17, Ausgabe 67,27, bleibt Bestand 88,90. Hoffmann berührte den Schluß der Schlosser und Schmiede. Da jetzt eine neue Herberge erbaut wird und somit der Schluß weggenommen ist, zeigt sich, daß es sehr schlecht ist und sich die Reparaturtheuer stellt, als ein neuer. Es wurde angenommen, einen neuen Schluß zu machen, wozu sich mehrere Kollegen erboten haben. Hoffmann gab noch bekannt, daß sich in letzter Zeit ein Schlosser bei den Meistern für wenig Lohn angeboten hat und somit die Kollegen schädigt. Man solle solche Kollegen energisch ermahnen.

Weinheim. Da unsere bisherigen Mitgliederversammlungen sehr schlecht besucht waren, so müssen wir die Mitglieder auffordern, in den Versammlungen zahlreicher zu erscheinen. In Weinheim herrscht ein übermuthiges Unternehmertum. Dieses sucht uns zu schwächen und zu drücken. Lasse sich Niemand von ihm beeinflussen, sondern jeder bleibe fest beim Verband. Kollegen, besucht besser die Versammlungen, damit wir etwas zu Stande bringen. Wenn wir alle vereint sind, dann können wir auch für einen besseren Lohn kämpfen, was sehr noth thut, denn mit unserem bisherigen Lohn kann keiner durchkommen. Jeder Kollege suche neue Mitglieder zu werben, er sehe seine Mitarbeiter an, mache ihm die Ziele klar, nach denen der Verband steht. Vereinigt sind wir Alles, vereinzelt sind wir nichts!

Schlosser u. Maschinenbauer.

Einsbüttel. Mitgliederversammlung der Schlosser, Maschinenbauer und Dreher am 18. August. Vor in die Tagesordnung eingetreten wurde, verlas der Vorsitzende, da der Schriftführer auch in dieser Versammlung nicht anwesend war, das Protokoll der letzten Versammlung, welches für richtig befunden wurde. Darauf wurde Kollege Spethmann als provisorischer Schriftführer gewählt. Der 1. Punkt der Tagesordnung, Vortrag über die Nieden und Schriften Passale's musste zurückgestellt werden, da der Referent nicht erscheinen war. Es wurde die Abrechnung verlesen und dieselbe von der Versammlung genehmigt. Über den 3. Punkt berichtete Stauffold von der Herbergskommissionsbildung und wurde darauf ein Antrag Heger's, über diese Sache nicht weiter zu diskutieren, sondern dieselbe so lange ruhen zu lassen, bis sich die kombinierte Versammlung darüber ausgesprochen hat, angenommen. Als Herbergskommissionsmitglied wurde hierauf Kollege Heger gewählt. Zum 5. Punkt stellt Stauffold den Antrag, in den nächsten Versammlungen statt der Vorträge Vorlesungen

abzuhalten und begründet denselben damit, daß dadurch die Mitglieder mehr zu den Versammlungen herangezogen würden. Dieser Antrag wurde angenommen und beschlossen, schon in der nächsten Versammlung mit der französischen Revolution anzufangen. Hierauf machte der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand zwei Mitglieder ausgeschlossen hätte. Eines derselben hätte sich unebensohafte Handlungen zu Schulden kommen lassen, während für das andere der Verband keinen Zweck mehr hätte. Der Vorsitzende erucht die Mitglieder dessenigen nicht zur regen Agitation für den Verband und schließt hierauf die Versammlung.

Schultheide.

Altona. Die Sektion der Schmiede hielt am 11. August ihre erste Mitgliederversammlung ab. Anfangs verlor der Kassier den Kassenbericht für Mai-Juni. Es ergab sich für die Verbandskasse eine Einnahme von M. 349,68, eine Ausgabe von 229,89, bleibt Bestand 120,29. Lokalkassen-Einnahme 195,02, Ausgabe 112,14, bleibt Bestand 82,88. Die Abrechnung vom letzten Vergangenheit ergab eine Einnahme von 193,60, Ausgabe 161,70, bleibt Bestand 31,90. Dieser Betrag wurde dem Fonds überwiesen. Beide Abrechnungen wurden für richtig befunden und dem Kassier sowie dem Vorsitzenden den Brief vom Hauptvorstand, daß allen Mitgliedern, welche 6 Monate der früheren Vereinigung angehört und ihre Beiträge gegeben haben, das volle Mitgliedsrecht zugesprochen sei, und daß diejenigen, welche noch keine sechs Monate derselben angehört, die Hälfte angerechnet würde. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Weinheimer aus Hamburg über Klassenzugabe und Klassenbildung. Es wurde dem Vortrag von den Anwesenden aufmerksam gefolgt und nach Schlus derselben dem Genossen ein allgemeiner Dank zu Theil. Zum zweiten Punkt wurde noch ein dritter Kassier gewählt. Zum dritten Punkt berichtet unser Delegierter vom Gewerkschaftskartell und macht bekannt, daß Sammellisten für die im Streik befindlichen Körbner verausgabt seien, es soll doch ein jeder sein Möglichstes thun. Zu Verschluß dieses wurde der Antrag gestellt, innerhalb drei Wochen eine öffentliche Schmiederversammlung einzuberufen und untere Mitgliederversammlungen jeden Freitag im Monat abzuhalten, welcher angenommen wurde. Dann ermahnte der Vorsitzende noch, daß ein jeder seine Pflicht und Schuldigkeit thun sollte, um neue Mitglieder zu bekommen, worauf derselbe die Versammlung schloß.

Fellenhauer.

Peine. "Die Arbeiter werden noch aus der Hand fressen" — dieses so brutal Klingende Wort sagte der Fellenhauermeister Theodor Helmke sehr oft zu seinen Leuten. Und nun wollte er es auch einmal mit einem seiner Gesellen probiren, ob derselbe vielleicht aus der Hand seines Herrn Meisters frist. Es ist nichts Neues in ganz Peine, daß die Fellenhauer bei genanntem Herrn sehr hoch und unhöflich behandelt werden, auch sogar durch seine Frau. Als nun Einsender dieses sich eine solche Behandlung von Seiten der Frau Meisterin in Zukunft verbat, wurde ihm sofort gefindigt. Die anderen Kollegen erklärten sich nun mit dem Gemahrgesetz solidarisch und stärkten ebenfalls. Da wurde Herrn Helmke die Sache zu toll, aus lauter Unzufriedenheit er, wir sollten alle sofort auf hören, damit seine Werkstatt wieder "rein" wird. Dieses thaten wir natürlich nicht und hielten unsere 14 Tage ruhig aus. Vor Berger über diese Ruhe meinte H. sogar, wer bis 10 Uhr Abends nicht zu Hause ist, wird ausgesperrt. Aber alles ließ uns fast. Herr Helmke bildet sich auch ein, er wäre der reine Hercules, die Gesellen sollen sich vor seinem dicken Bauche fürchten. Auch will er schon verschieden verhauen haben und brüstet sich öfter damit. Als er nun dem einen der Kollegen auch solches erzählte, wurde ihm erwidert, man komme auch manchmal an den Unredeten. Da meinte H., ich sehe mir auch meine Leute an. Also nur die schwachen oder blöden Gesellen haben dies von ihm zu befürchten, an die anderen getraut er sich nicht heran. Diese müssen aber alle Vorsicht gebrauchen, um sich nicht eines Haussiedensbruchs schuldig zu machen. Es gäbe noch eine ganze Menge Misstände anzuführen, sollte dies noch nicht genügen, so wollen wir noch mit etwas mehr dienen. Gütstwissen Dies.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Bestellern von Protokollen der 1. Generalversammlung diene hierdurch die Nachricht, daß die Protokolle vollständig vergriffen sind, mithin können die lebhaft eingegangenen Bestellungen vorerst nicht berücksichtigt werden. Bitte erteilen diesejenigen Ortsverwaltungen, die noch Protokolle haben und dieselben in absehbarer Zeit nicht absetzen können, und dieselben unzweckmäßig aufzusenden, damit wir diejenigen Verwaltungen, die noch keine Protokolle erhalten haben, ebenfalls zu liefern können.

Des Weiteren erteilen wir die Ortsverwaltungen, die ausgeschriebenen Sammelbücher

nach hier einzufinden, damit wir die Stammsrolle vervollständigen können.

Der Schlosser Leonhard Unger, geb. 18. Januar 1858 zu Apolda, Buch Nr. 49688, wird hierdurch auf Antrag der Verwaltungsstelle Apolda i. Th. auf Grund des § 8 Abs. 7a aus dem Verband ausgeschlossen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Fellenhauer von Peine, former von Heroldsdorf, Metallarbeiter aller Branchen von Chemnitz, Mannheim, Metalldrucker von Nürnberg.

Bei den Firmen Wilhelm, Schlosserei, und Gund, Maschinenfabrik, beide in Pirmasens, haben im Anschluß an die Kreiswahl gelegentlich der Wahl zum deutschen Reichstag Maßregelungen von Verbandsmitgliedern stattgefunden und ist von diesen ebenfalls der Zugang fern zu halten.

Der Goldgießer Ernst Bindemann, geb. 19. Januar 1871 zu Lauenburg, ist in Stettin dem dortigen Herbergswirth mit der Bezeichnung übergegangen und hat sein Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung nicht abgeholt. Die Ortsverwaltungen und Vertrauensleute werden erucht, Bindemann, sofern er sich zur Aufnahme meldet, abzuweisen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21, I, zu richten und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerkern, ob das Geh überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einstreibegeld, für Beiträge oder der Erbs für Extramarke, Abrechnungsprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

An die Metallarbeiter der Provinz Schleswig-Holstein und der Hansstadt Lübeck.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung vom 5. August ds. Js. teile ich hierdurch mit, daß die öffentliche Metallarbeiterkonferenz am Sonntag, den 24. September ds. Js., Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Chr. Nalts, Schleswiger Chaussee Nr. 6 in Flensburg mit folgender Tagesordnung eröffnet wird.

1. Abrechnung und Bericht des Vertrauensmannes.
2. Stellungnahme zu der Wahl eines Vertrauensmannes.
3. Bericht der Delegirten über die Bewegung der Metallarbeiter in den betr. Ortschaften.
4. Anträge aus der Mitte der Delegirten.

Die Kollegen werden nun erucht, umgehend zu obiger Tagesordnung Stellung zu nehmen und die Wahl der Delegirten mitsamt in öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. Wo die Verhältnisse es erlauben, öffentliche Versammlungen abzuhalten, da genügen die entsprechenden Unterchriften der am Orte anwesenden Kollegen. In Abrechnung der Tagesordnung ist es dringend zu wünschen, daß die diesjährige Konferenz zahlreich besucht wird. Die Kostenfrage wird, wenn einzelne Orte die Kosten nicht bestreiten können, durch die Konferenz geregelt werden.

Da noch verschiedene Kollegen, resp. Vertrauensleute im Besitz von Agitationsmarken sind, ohne mit mir bis jetzt abgerechnet zu haben, ersuche ich dieses spätestens bis zum 18. September ds. Js. zu regeln.

Mit kollegialem Gruß
G. Elenau,
Neumünster, Johannisstr. 7.

Zur Bevorzugung von Logis, sowie zum Empfang der Delegirten an den Bahnhöfen hat sich ein Lokalkomitee gebildet, welches am Sonntag, den 24. September bei Ankunft eines jeden Zuges am Bahnhof ist und sich durch Tragen roter Schleifen kenntlich macht. Sonstige Wünsche und Anfragen sind an Jakob Kallenberger, Mittelstraße 8, zu richten.

Mit Gruß
Das Lokalkomitee.

An die Metallarbeiter in Sachsen und Posen.

Kollegen!

In Abrechnung, daß die Kollegen der verschiedenen Bezirke Deutschlands zweckw. weiterer Entwicklung der Organisation konferierten, wurde von einer vor einiger Zeit hier stattgefundenen, von allen Branchen der Metallarbeiter besuchten Versammlung beschlossen, die Kollegen aus obenbezeichneten Provinzen zu einer Konferenz auf Sonntag,

den 1. Oktober 1893 nach der „Villa Bleibach“ in Dresden, Rosenthaler Chaussee, einzuladen, um gemeinsam zu berathen, wie gegen den Hauptfeind unserer Bestrebungen, den Indifferenzismus der großen Masse vorzugehen ist.

Die Tagesordnung wölbe, wenn von dem auswärtigen Kollegen Einspruch dagegen nicht erhoben wird, folgende Punkte umfassen:

1. Situationsbericht mit besonderer Berücksichtigung der Lehrlingsfrage.

2. Unsere Organisation.

3. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht unserer noch recht traurigen Verhältnisse und der Wichtigkeit der Tagesordnung, ersuchen wir Euch, Delegierte zu wählen und so eine rege Beteiligung zu ermöglichen.

Alles Nähere in der nächsten Nummer.

Dresden, den 18. August 1893.

J. A. Oswald Giebel,
Dresden, Sonnenstr. 7, II.

Dritte Abrechnung

vom Agitationsfond sächsischer Metallarbeiter.

Ginnahme. Weizen durch F. M. 7,20.

Dorna b. Werner 2,50. Chemnitz R. M. 1,50.

Freiberg b. S. 4,35. Wenig d. R. 4. Kassen-

bestand am 16. April 1893 130,91. Sa. 150,46.

Ausgabe. An Krause Spesen und Fahrgeld nach Limbach M. 3, do. nach Wenig 6,

an Beselich-Großschönau zur Altmärker Agi-

tation 5, an Böttger Fahrgeld und Auslagen 2,24, ein Kratz für Schmiedel 4,50, Fahrgeld und Spesen an Krause und Böttger zur

Hohensteiner Konferenz 5,10, Porto für Flugblätter nach Großschönau 50 M. 2 Postan-

weisungen je 20 M. gleich 40 M. 27 Briefe je 10 M. gl. M. 2,70, 10 Karten je 5 M. gl.

50 M. 3 Gelbsendungen 15 M. Schreibma-

terial 35 M. Summa 30,44.

Bilanz.

Ginnahme M. 150,48

Ausgabe M. 30,44.

Kassenbestand M. 120,02.

Hohenstein-Ernstthal, den 26. Juni 1893.

Gustav Günther. Erdmann Müller.

Letzte Abrechnung

des auf 1892/93 gewählten Agitationskomitees sächsischer Metallarbeiter.

Ginnahme. Kassenbestand am 25. Juni

1893 M. 120,02. Glauchau d. H. 3,20. Dorna

d. H. 2,50. Dresden-Neustadt 12. Sa. 137,72.

Ausgabe. An Henne. Glauchau für

Spesen und Auslagen nach Hohenstein-Ernst-

thal M. 3. Dotaten an das Agitationskomitee

sowie Revisionskommission zur Hohensteiner

Konferenz 12. Auslagen des Lokalkomitees

6. Fahrgeld, Material u.s.w. 4,89. An Niem-

mann rückläufiges Fahrgeld von 1890 16.

An Krause Fahrgeld und Spesen

Böttger-Limbach zur letzten Abrechnung 2.

Mietkosten bei der letzten Abrechnung 1.

Sa. 69,69. Kassenbestand 68,03.

Dieser Betrag ist an das neu gewählte

Agitationskomitee (Karl Niemann) abgeliefert.

Betrag wie Abrechnung ist geprüft und

richtig befunden;

Richard Giers. Hugo Böttger.

Max Wagner.

Chemnitz, den 18. August 1893.

Die Gefamteinnahme des bisherigen

Agitationskomitees betrug in dem Geschäftsjahr M. 315,63, die Gesamttausgabe 247,60,

Kassenbestand 69,03.

Versammlungen sind abgehalten worden

23, Agitationsreisen wurden 8 unternommen.

Mit Gruss

Robert Krause, Hugo Böttger,

Chemnitz. Limbach.

Zu die Ortsverwaltungen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Laut Beschluss der Altenburger Generalversammlung sollen die Protokolle der früheren Metallarbeiter-Kongresse gegen Erlass der Portoauslagen den Ortsverwaltungen übermittelt werden. Dieselben haben das Recht, die Protokolle entweder unentgeltlich oder gegen eine ganz geringe Bezahlung an die Mitglieder abzugeben.

Ich ersuche nun die Ortsverwaltungen, welche derartige Protokolle wünschen — es stehen ca. 3000 zur Verfügung —, mit die gewünschte Zahl anzugeben und gleichzeitig den Betrag für Porto zu — für ein Behnund-Bader 60 M. — in Bielefeld mit einzuhenden. Nur diejenigen Orte erhalten die Protokolle, welche nicht im Rückstand mit der Zahlung für dieselben sind.

J. Scherm,
Nürnberg, Weizenstr. 12.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. C. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 47. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Käfer und Lehrer. — Die wirtschaftliche Entwicklung Japans seit 1868. Von Dr. Paul Ernst. — Beiträge zur Entwicklungsgeschichte der Großindustrie in Deutschland. — Menschenbild und Klassenkunst. Von C. Belfort-Vox. Deutsch von Viktor Adler. — Ein neues Drama. Von C. Bernstein. — Notizen: Das Sinten der Realöhne. — Feuilleton: Seemansfrau. Novelle von Egor Schugoh.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterklasse (Stuttgart, J. C. W. Dieß' Verlag) ist uns soeben die Nr. 16 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Der internationale sozialistische Arbeiterkongress in Zürich. — Arbeiterinnen- und Frauenrechte. — Die Wahlrechtsbewegung in Österreich und die Manifestation der Wiener Arbeiterschaft. — Feuilleton: Ein Familien-Iddyl. Von Guy de Maupassant. Deutsch von L. E. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen.

Briefkasten.

C., Berlin. Nachnahme kommt zu teuer. Senden Sie 60 M. in Marken.

F. B., Bayreuth. Wir haben auch keine Generaveranstaltungsprotokolle.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Altenburg. Sonnabend, 2. Septbr., Abends halb 9 Uhr, Versammlung im „gold. Löwen“. Daselbst Kartenabgabe zu dem am 3. Septbr. stattfindenden Sommervergnügen im „Waldblöschchen“.

Altona. Öffentliche Schmiedeversammlung für Altona und Umgegend am 4. Septbr., Abends halb 9 Uhr im Lokale des Herrn Narjes, Blumenstraße 41. — Mitglieder-Veranstaltung am Freitag, 8. Sept. bei H. Garrels, Hospitalstr. 1.

Barmbek. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Mitgliederversammlung am Dienstag, den 29. Aug. bei Hildesbrandt beim Schützenhof, Abends 9 Uhr. T.-O.: Unser Arbeitsnachwuchs. Halten wir ein Wintervergnügen ab? Wie agitieren wir am besten? Feststellung der nächsten Tagesordnung. Es wird gebeten wegen Wichtigkeit der Tagesordnung volljährig zu erscheinen.

Berlin I. Mitglieder-versammlung Sonnabend, 2. Sept. im Lokal E. Siegmund, Eisenbahnstr. 20. T.-O.: Vortrag, Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen, besonders des Südens und Ostens ist nothwendig.

Bernburg. Sonnabend, 26. August, Mitglieder-Versammlung bei Grote, Steinstr. 4. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend nothwendig. Die Mitgliedsbücher sind behufs außerordentlicher Revision mitzubringen.

Berlitz. Mitglieder-versammlung am Sonnabend, 2. Sept., Abends halb 9 Uhr. Die Protokolle der Generalsversammlung können in dieser Versammlung noch in Empfang genommen werden, da nach dieser Zeit die übrig gebliebenen an den Hauptvorstand retour geschickt werden. Sämtliche Mitglieder werden an ihre Pflichten erinnert.

Borsigwerke. Nächste Mitglieder-versammlung am Sonnabend, 2. Sept., Abends halb 9 Uhr. Die Protokolle der Generalsversammlung können in dieser Versammlung noch in Empfang genommen werden, da nach dieser Zeit die übrig gebliebenen an den Hauptvorstand retour geschickt werden. Sämtliche Mitglieder werden an ihre Pflichten erinnert.

Bottrop. Sonntag, 27. Aug., Abends 8 Uhr bei Bimmermann. Mitglieder-versammlung. T.-O.: Geschäftliches. Vortrag des Herrn Sander: „Über Krankheiten und naturärztliche Behandlung.“ Verschiedenes. — Die Kollegen, welche Bücher aus der Bibliothek entnommen, werden ersucht, dieselben abzuliefern.

Dresden-Neustadt und Umgegend. Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß in der „Goldenen Ede“, Thal- und Louisestraße, viele indirekte Metallarbeiter, (natürlich Klempner) verkehren, haben wir in diesem Lokale eine Bahnhofstelle errichtet und fordern die Kollegen auf, von dieser Einrichtung recht viel Gebrauch zu machen. Zahlgelegenheit, Mitgliederaufnahme und Ausgabe der Zeitung regelmäßig Sonnabends von 8 bis 10 Uhr. Neustadt: Restaurant O. Claus, Schönbrunnstr. 1; Restaurant „Goldene Ede“, Thalstr. 1. — Bielefeld: Restaurant Beders „Zur Börse“, Leipzigerstr. 7. — Die restirenden Mitglieder werden dringend ersucht, ihren Verpflichtungen gegen den D. M. V. nachzukommen.

Erlangen. (Alg.) Samstag, 28. Aug., Abends präzis 8 Uhr, Versammlung bei C. Siegel „Zur Bierhalle“. T.-O.: Einzahlung und Neuauframmen. Vortrag und Verschiedenes.

Essen. Sonntag, 3. Sept., Mitglieder-Veranstaltung. Die Mitglieder werden ersucht, die Beiträge zu entrichten, resp.

ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, da das Hauptbuch in Ordnung gebracht werden muß.

Freiberg i. B. Sonnabend, 26. Aug., Zahlung der Beiträge im Vereinslokal Königsgasse 8 bei Herrn Fleischbach. — Auch ersuchen wir die Mitglieder, behufs einer außerordentlichen Revision die Mitgliedsbücher an den Käffner abzugeben. Ferner möchten wir die Vestanten auf § 3 aufmerksam machen. Die Mitglieder werden ersucht, wegen einer ganz nöthigen Besprechung recht zahlreich zu erscheinen.

Gießen. Die in voriger Nummer bekannt gewachsene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung findet wegen Verhinderung des Referenten erst Sonntag, den 27. August Morgens halb 11 Uhr im Elbischen Saale statt. Thema: Die Bedeutung der Gewerkschaften. Alle Arbeiter sind hierzu freundlich eingeladen.

Görlitz. Montag, 28. August, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal des Herrn Hellmann, Langenstr. 48. Tagesordnung im Voraus.

Hamburg. (Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer.) Dienstag, den 29. August, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-versammlung im „Hammonia“-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen 30. T.-O.: Bericht vom Gewerkschaftsleiter. Bericht der Zeitungskommission. Gründung einer Sektion in Hammerbrook. Wollen wir ein Wintervergnügen abhalten?

Heilbronn. Samstag, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Stolzenfels“-Mitglieder-versammlung. T.-O.: Vortrag über das Thema: „Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

Widau. Sonnabend, 2. Sept., Abends halb 9 Uhr im Restaurant Ottiger („Bierhalle“) öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag vom Gen. Geister. Thema: „Werktrete Arbeitzeit“.

Caal von C. Weiß, Katharinestra. E.-O.: Bericht vom internationalen Metallarbeiterkongress in Zürich. Berichterstatter: A. Junge. Es ist Pflicht eines jeden Metallarbeiters an der Versammlung teilzunehmen. Die Mitgliederversammlung der allgemeinen Bahnhofsstelle fällt am Samstag wegen der öffentlichen Versammlung am Sonntag aus.

Weimar. Samstag, 26. Aug., Abends 8 Uhr im „Stolzenfels“-Mitglieder-versammlung. T.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragsentrichtung. Vortrag, Abrechnung vom Stiftungsfest. Verschiedenes.

Sonntag, 8. September, Aussflug nach Geiselheim, Gleiberg und Gießen.

Worms. Samstag, 26. Aug., Abends halb 9 Uhr im „Stolzenfels“-Mitglieder-versammlung. T.-O.: Vortrag über das Thema: „Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

Widau. Sonnabend, 2. Sept., Abends halb 9 Uhr im Restaurant Ottiger („Bierhalle“) öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag vom Gen. Geister. Thema: „Werktrete Arbeitzeit“.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 14. August verstarb nach langem Leid unser Freund und Kollege Johannes Heinrich Petersen im Alter von 47 Jahren. Wir verlieren in ihm ein treues Mitglied. Leicht sei ihm die Erde. Die Mitglieder des D. M. V. Bahnhofsstelle Ulbed.

Am 14. August verstarb unser ehriges Verbandsmitglied Albert Böphel im Alter von 28 Jahren an der Prostaterkrankheit und rufen wir ihm ein „Ruhe sanft“ nach.

Die Einzelmitglieder des D. M. V. Bahnhofsstelle Ulbed.

Aufforderung. Wer erkennt die Ortsverwaltungen, uns die Adresse des Metallformers August Gehrké aus Menhagen, Hannover, geboren den 10. Mai 1872, zu kommen zu lassen.

Ortsverw. Höhne.

Aufforderung: Der Schlosser Rudolf Muntet, zuletzt in Limbach i. S. in Arbeit, wird ersucht, seine Adresse nach hier gelangen zu lassen. Die Ortsverwaltungen, sowie Kollegen, welche den Aufenthalt des Benannten kennen, wollen ihn hierzu auffordern, ev. selbst höher berichten.

Herr Franz Haddenbrück, Spießer, wird um seine Adresse gebeten. Sache gezeigt.

A. Jödicke, Rostock.

Der Schlosser Max Keeg wird ersucht, umgehend seine Adresse in Sachen der Kreis-Maschinenfabrik an Unterzeichneten einzutragen.

Joseph Hölscher,

Dortmund, Rheinische Str. 87.

Ich ersuche den Maschiner Peter Hörmann (genannt der lange Peter) mir seine Adresse mitzuteilen.

P. Braun, Nürnberg.

Für eine patentfähige Erfindung, resp. Verbesserung (Maschinen-Artikel der Brauereibranche) wird ein Käufer gesucht. Räheres in der Tageszeitung.

Durchaus tüchtiger Metallarbeiter, in der selbständigen Herstellung kleiner Apparate nach Zeichnung und Muster (hauptsächlich kleinere Pumpen) bewandert, bei außer